

Riefaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Druckanschrift
Tageblatt Riefa,
Ferienstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Bauamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Zirkasse:
Riefa Nr. 52.

Nr. 121.

Donnerstag, 26. Mai 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Publikationsverweigerungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemerkter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe von Einlagen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riefa. Geschäftskasse: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riefa.

Saalschlacht im Preussischen Landtag

Nach glatt durchgeführter Wahl des Präsidiums blutige Schlägereien zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten.

Abg. Berlin. Die zweite Plenarsitzung des neuen Preussischen Landtags vom Mittwoch brachte die ersten bedeutenden materiellen Entscheidungen. Vor äußerst hart besetztem Plenum und überfüllten Tribünen eröffnete Alterspräsident Wismann die Sitzung, ohne diesmal von seiner Fraktion mit dem Faschistengruß begrüßt zu werden. Er führte aus, er habe aus der Presse erfahren, daß in der konstituierenden Sitzung beleidigende Angriffe von der äußersten Linken erfolgt seien. Soweit sie ihn persönlich betrafen, könne er sich auf den Standpunkt stellen, daß er von dieser oder jener Seite überhaupt nicht beleidigt werden könne. Wenn aber gerufen worden sei: „Nieder mit den kaiserlichen Generalen“, so sei damit auch der Generalfeldmarschall von Hindenburg beleidigt. Er würde das geduldet haben, wenn er hätte feststellen können, wer die Beleidiger waren. Die Kommunisten, die die Ausführungen des Alterspräsidenten durch Zurufe unterbrachen, erklärten im Abhor, die ganze Fraktion habe den Ausruf gegen die Generale getan, worauf Wismann bemerkte: „Na, das spricht nicht für Ihre Fraktion!“

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu einem feinen Geschäftsordnungsgeplänkel, wobei Anträge verschiedener Fraktionen in die Ausschussberatung verwiesen wurden. Dies ging nicht ohne kleine Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ab, wobei Abg. Kasper (Komm.) dem Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) zurief: „Sie sind mir zu arisch, mit Ihnen unterhalte ich mich nicht!“

Ehe die Wahl des Landtagspräsidiums begann, die als erster Gegenstand auf der gedruckten Tagesordnung stand, erklärte Abg. Lohse (Nat.-Soz.), daß seine Fraktion bereit sei, sich den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten anzuschließen. Er beantragte, den Abg. Kerll (Nat.-Soz.) als Vertreter der stärksten Fraktion zum Präsidenten zu wählen. Seine Fraktion werde ihr Verhalten bei der Wahl der Vizepräsidenten von dem Verhalten der Fraktionen gegenüber der Kandidatur Kerll abhängig machen. Abg. Knoen (Komm.) meinte, die Nationalsozialisten seien mit dieser Zustimmung zu den Gepflogenheiten des parlamentarischen Systems Teilhaber des von ihnen bisher bekämpften Systems geworden. Abg. Weilmann (Soz.) wiederholte seine Ausführungen aus dem Vortage, wonach die SPD. nicht für einen Nationalsozialisten stimmen könne, zumal die NSDAP. auch nicht den Anspruch der stärksten Fraktion anerkannt hätte, wenn die SPD. diese Fraktion gewesen sei. Abg. Rube (Nat.-Soz.) wies darauf hin, daß die Sozialdemokraten sich daran gewöhnen müßten, daß der neue Landtag ein politisch anderes Bild zeige als der alte. Nachdem noch Abg. Viedt (Komm.) bemerkt hatte, das Zentrum zeige der SPD. jetzt die Treue, indem es für den Nationalsozialisten stimme, folgte der eigentliche Wahlakt, der mit alphanumerischem Namensaufruf sämtlicher Abgeordneter in geheimer Zettelwahl durchgeführt wurde und sich mehrere Stunden lang hinzog.

Für die Wahl des Landtagspräsidenten wurden bekanntlich 416 Stimmen abgegeben. Davon waren sechs Beträge unbeschrieben, einer ungültig. Von den gültigen 409 Stimmen erhielt der Nationalsozialist Kerll 263 und damit über die absolute Mehrheit, so daß er zum Landtagspräsidenten gewählt war. Er übernahm sofort die Geschäfte und wurde von seinen Freunden mit Händeklatschen und dem Faschistengruß empfangen, als er das Präsidium betrat. Die Kommunisten riefen: „Von Zentrum's Gnaden!“

Präsident Kerll dankte in seiner Antrittsrede zunächst dem Alterspräsidenten. Als er von der einzigartigen Erhebung des preussischen Volkes sprach, aus der am 21. April die Nationalsozialisten als stärkste Partei hervorgegangen waren, kam es zu großer Unruhe links und man rief: „Die erste Provokation!“

Der Präsident wandte sich den Kommunisten mit der Bemerkung zu, sie hätten gestern schon die Güte ihres Stimmmaterials erwiesen und es liege in ihrem Interesse, dazutun, ob auch der notwendige Bestand bei ihnen vorhanden wäre. Die Nationalsozialisten klatschten Beifall, die Kommunisten riefen: „Frecher Bursche!“ worauf der neue Präsident sofort Gelegenheit erhielt, Ordnungsrufe auszusprechen und zwar an die kommunistischen Abg. Kasper und Viedt.

Bei der Präsidentenwahl hatten die Sozialdemokraten für ihren Kandidaten Wittmann gestimmt, der 92 Stimmen erhielt, während der Kandidat der SPD., Kasper, in diesem wie in den folgenden Wahlgängen jeweils die 55 Stimmen seiner Fraktion auf sich vereinigete. Da die SPD. also weder für Kerll gestimmt noch sich der Stimme enthalten hatte, beteiligte sich der größte Teil der Nationalsozialisten nicht an der Abstimmung, als der erste Vizepräsident zur Wahl stand. Nur 81 Nationalsozialisten gaben leere Zettel ab, wohl um die Beschlußfähigkeit des Hauses nicht zu gefährden. Die Deutschnationalen beteiligten sich gleichfalls nicht an der Abstimmung. Von den insgesamt abgegebenen 289 Stimmen entfielen 167 auf den Abgeordneten Wittmann (Soz.), 81 Zettel waren un-

beschrieben, eine Stimme ungültig. Der bisherige Landtagspräsident Wittmann war somit zum ersten Vizepräsidenten gewählt und nahm die Wahl an.

Zum zweiten Vizepräsidenten wurde Abg. Baumhoff (Ztr.) gewählt mit 84 von 410 abgegebenen Stimmen; diesmal waren drei Zettel unbeschrieben.

Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten, Abg. Dr. v. Kries (Znat.), beteiligten sich die Sozialdemokraten nicht an der Zettelabgabe. Dr. v. Kries wurde mit 254 von insgesamt abgegebenen 306 Stimmen gewählt.

Das Haus bestimmte dann durch Zuruf die zwölf Beisitzer und zwar fünf Nationalsozialisten, drei Sozialdemokraten, zwei Zentrumsabgeordnete und je einen Kommunisten und Deutschnationalen. Eine Reihe von Anträgen verschiedener Fraktionen wurde ohne Aussprache den Ausschüssen überlassen, darunter ein nationalsozialistischer Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung der neuen Geschäftsordnung.

Auf der Tagesordnung hatten nun noch einige Anträge gestanden, die man nach kurzer Debatte in die Ausschüsse verwiesen haben würde. Es war eigentlich keine „Sensation“ mehr zu erwarten, ein großer Teil des Publikums verließ das Haus; Pressevertreter und einige Fotografen schlossen sich an, als sich plötzlich gemurmelt an „heisterem Himmel“ die blutigste Schlägerei entwickelte, die der Preussische Landtag je erlebt hat. Sie ereignete sich im Anschluß an eine Geschäftsordnungsdebatte, die der Abg. Dr. Freisler (Nat.-Soz.) einleitete. Er eruchte das Haus, sofort einen Antrag zu prüfen von drei Nationalsozialisten aus Elberfeld zu behandeln, die am Donnerstag verurteilt werden sollten und gegen die der Staatsanwalt 7 bis 10 Jahre Zuchthaus beantragt habe, obwohl sie im berechtigten Notwehr gehandelt hätten. Eine scharfe Kritik an preussischen Staatsanwälten folgte, worauf auf der Linken wie Rechts, des Hauses sich eine steigende Erregung bemerkbar machte, die noch wuchs, als die Sozialdemokraten Widerspruch gegen die sofortige Behandlung des Antrages erhoben und als Abg. Weilmann (Soz.) darlegte, es sei Sache des Gerichts, schuzustellen, ob die drei Elberfelder Nationalsozialisten Mörder seien oder ihre Tat in Notwehr begangen hätten. Der Kommunist Viedt brachte die Bombe zum Platzen, als er — nachdem Abg. Rube (Nat.-Soz.) gemeint hatte, 80 Prozent der preussischen Staatsanwälte gehörten auf die Anklagebank — ausführte, die NSDAP. habe den Arbeitermord eingeführt. „In Ihren Reihen“, so konnte er noch den Nationalsozialisten zurufen, „ist eine ungeheure Zahl von Mördern“, als die Nationalsozialisten auch schon mit erregten Gebärden auf die Rednertribüne zurücktraten. Von der Linken Seite drangen die Kommunisten auf sie ein. Vizepräsident Baumhoff gelang es nicht mehr, die Streitenden zu trennen. Ehe er den Präsidentenstuhl verlassen konnte, hatte schon eine

Schwere Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten

eingeleitet. Soweit man von den Tribünen die im raschen Lauf sich vollziehenden Ereignisse beobachten konnte, schlug plötzlich ein kommunistischer Abgeordneter auf den Nationalsozialisten Hincker ein.

Die Nationalsozialisten gingen nicht auch ihrerseits zum aktiven Angriff vor. Man schlug weniger mit Fäusten aufeinander ein, als mit allen möglichen scharfen Gegenständen, die irgendwie zu erreichen waren. Die schweren Stühle von der Regierungsbank wurden ebenso in die Reihen der Kommunisten geschleudert wie die Beichtstuhlkörper, die man von den Plätzen der Stenographen herandrückte.

Ein ungeheurer Tumult entstand.

Holzwerkzeugen von den Barrieren um das Rednerpult wurden abgerufen, Stuhlbeine als Schlaginstrumente verwendet, Wasserläufer, die schwere Uhr vom Platz der Reihiger, Tintenläser, Schubstühle aus den Händen der Abgeordneten und alles was sonst noch mit äußerster Gewalt sich von der soliden Einrichtung des Plenarsaalgebäudes abmontieren ließ, diente als Waffe.

Die kommunistische Fraktion mit ihren 57 Mann wurde von den 162 Nationalsozialisten buchstäblich im Nu aus dem Saale herausgeschlagen. In dem Wirrwarr konnte man zunächst nicht unterscheiden, von welcher Seite intensiver geschlagen wurde.

Als der Saal einigermaßen leer war, erhoben sich die Nationalsozialisten, die zu ihrem Sektor zurückgekehrt waren, und sangen das Dorn-Bessel-Lied, während sie zu gleicher Zeit die Hand zum Faschistengruß erhoben. Zahlreiche Tribünenbesucher spendeten ihnen Beifall.

Währenddessen wurden die schwerer verletzte Abgeordneten der Linksparteien aus dem Sitzungssaal in das Krankenzimmer des Landtags getragen, wo der Zentrumsabg. Dr. med. Welter die erste ärztliche Hilfe leistete. Es stellte

sich heraus, daß besonders schwer der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion Abg. Jürgensen verletzt worden ist. Er hat eine leichte Gehirnerschütterung und eine so schwere Kieferverletzung davongetragen, daß Dr. Welter ihn noch im Landtagssaal nähen mußte, ehe man Jürgensen ins Krankenhaus abtransportierte. Weiter wurden einige kommunistische Abgeordnete schwerer verletzt. Der Kommunist Krämer-Niederhöfner wurde betraut mit völlig verbundenem Kopf nochmals den Saal, um seine Sachen abzuholen. Das Blut drang durch den Notverband und ließ ihn über das Gesicht. Er rief den Nationalsozialisten zu: „Zwanzig für einen, Ihr Hunde!“

Die Beamten des Hauses mußten ein Trümmerfeld übersehen, als sie die schweren Sachschäden im Sitzungssaal feststellen wollten. Vor dem Zimmer des Vizepräsidenten hatten sich viele nationalsozialistische Abgeordnete gesammelt, die mit einem Mal einen Mann, der ein Kriminalbeamter zu sein schien, in ihre Mitte nahmen und mit Gewalt aus dem Hause herausführten.

Später ergab sich, daß auch einer der Stenographen eine leichte Verletzung am Kopf erlitten hatte.

Bis zum nächsten Plenartag, dem 1. Juni, wird festgestellt sein, ob die Mehrheit der Fraktionen ein Interesse an polizeilicher Untersuchung des Zusammenstoßes hat und welche Folgerungen daraus zu ziehen sind.

Nach der Landtags-Schlägerei

Im Preussischen Landtag ging es gestern bis in die späten Abendstunden noch recht lebhaft zu. Man besprach die wüsten Vorgänge im Sitzungssaal und deren politische Folgen. Von der Polizei wird übrigens eine Untersuchung erst eingeleitet werden, falls von sozialdemokratischer Seite ein Straf Antrag eingeht, was angesichts der schweren Verletzung des sozialdemokratischen Abgeordneten Jürgensen nicht ausgeschlossen ist.

Zunächst aber hat der einzige Beschluß, zu dem der Vizepräsident gelangen konnte, daß es nämlich mit der nächsten Sitzung bei Mittwoch, dem 1. Juni, bleiben soll, das Gute, daß sich inzwischen Zeit zu einer ruhigen Beurteilung der Vorgänge und ihrer Konsequenzen findet. Darüber ist man sich allgemein klar, daß die Vorgänge den Möglichkeiten eines parlamentarischen Arbeitens in Preußen überhaupt den bisher schwersten Schlag verzielt haben.

Vor dem Zwischenfall sah man die Koalitionsfrage in preussischen parlamentarischen Kreisen noch so an, daß der Verlauf der Präsidentenwahl, die sich in höflichen und parlamentarisch regelrechten Formen vollzogen hatte, die Möglichkeit zu späteren Koalitionsbesprechungen eröffnete. Im Gegenlag zu diesen Auffassungen wurden alle erwarteten Möglichkeiten am Abend besonders in Kreisen der Zentrumsfaktion außerordentlich skeptisch beurteilt, und zwar ganz unabhängig von der Schulfrage, zumal einwandsfrei feststeht, daß der erste tödliche Angriff von einem kommunistischen Abgeordneten ausging.

Das Bestreben des Zentrums geht nun offenbar dahin, zunächst eine Klärung und Beruhigung abzuwarten. Das ist wohl auch der Grund dafür, daß es keine nächste Fraktions-sitzung erst am Mittwoch vor dem Beginn der Landtags-sitzung abhalten will. Diese Taktik dürfte auch dafür sprechen, daß es zum mindesten verfrüht ist, wenn in parlamentarischen Kreisen bereits die Einsetzung eines Reichskommissars als die einzige Möglichkeit angesehen wird.

Nationalsozialistische Erklärung

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion gibt eine umfangreiche Erklärung heraus, in der den Kommunisten eine bewußte Provokation der Nationalsozialisten vorgeworfen wird. Die Fraktion habe durch ihr diszipliniertes Auftreten in der Dienstag- und Mittwochsitzung bewiesen, daß sie den Preussischen Landtag arbeitsfähig erhalten wolle. Als man aber den Fraktionsgeschäftsführer hinter ohne jeden Anlaß mitten ins Gesicht schlug, sei der Fraktion nichts anderes übrig geblieben, als zur Notwehr gegen den organisierten schweren Landfriedensbruch der marxistischen Fraktionen zu greifen. Jeder rechtlich denkende Deutsche werde Verständnis dafür haben, daß die größte Fraktion, die es im Landtag je gegeben habe, beim Verlagen aller anderen Mittel ebenso verfare, wie jeder deutsche Mann, wenn er grundlos von einem Kaufbolde tätlich angegriffen werde. Die NSDAP ist entschlossen, nur mit gesetzlichen Mitteln die Macht und die Verantwortung an sich zu nehmen. Wo man ihr aber auf diesem Wege Gesetzlosigkeit und Gewalt entgegenzieht, da ist sie ebenso entschlossen und bereit, unter Inanspruchnahme der gesetzlich zulässigen Notwehr die Gesetzmäßigkeit ihres Handelns sicherzustellen.

Regen im Mai.

Lange Trockenheit, lange Wärme weckt die Unzufriedenheit des Landmanns, der am liebsten abwechselnd Sonnenschein und Regen sehen möchte. Und wenn die alte Bauernregel sagt: „Mai kühl und naß, fällt dem Bauern Scheun' und Faß“, so wird doch mancher Landmann über den blässlichen Wetterumschwung, die starke Abkühlung, den starken Regen, wenig erbaut sein. Vor allem aber bedeutet der plötzliche Wetterumschwung, für die meisten, die sich bei Sonnenschein und Wärme wohlfühlen, eine große Enttäuschung. Dieser plötzliche Wechsel bringt Depressionen, die sich im Gefühlslieben und auch in der Arbeitsbetätigung vieler auswirken. Zum Mai gehört nun einmal Blüte, Sonnenschein, der klare Himmel, die laue Luft. Ein Mai mit kühlem Wetter und Regenschauern will nicht behagen. Viele gab es, die über die ansteigende Temperatur der vergangenen Tage klagten und unter der Wärme litten. Sie werden heute anderen Stimmes sein und wieder jene Wärme herbeiwünschen, die für sie eine Plage war, denn Kälte und Regen spielt dem Menschen mehr mit, als eine über das Normale liegende Wärme. Gering wird die Zahl derer sein, die sich bei solchem bösem Maiwetter wohlfühlen. Und dazu kommen die Befürchtungen auf, es könnte sich einregnen, es könnte sich das Frühlings- und Sommerwetter wiederholen, das wir im Laufe des letzten Jahres so oft ertragen mußten, jenes Wetter, das nur wenige freundliche Tage brachte und jede Illusion störte. Leicht können die Frühlings- und Sommerträume, die Reizepläne zu Wasser werden. Unsere Depressionen, aus dieser augenblicklichen Regenstimmung, machen uns zu pessimisten und es will uns nicht in den Sinn, daß die Wetterpropheten einen schönen und warmen Sommer verheißen haben. Wenn der Himmel Tränen weint, es grau in grau liegt und das Thermometer sinkt und sinkt, verliert man den Glauben an eine Besserung. Der Mensch ist ja so vom Augenblickswetter abhängig und so sehr ist der Mai mit Sonnenschein verbunden, daß gerade er mit kühler regnerischer Tagen dem Menschen eine große Enttäuschung bringen kann. Vom Gebirge wird Schmelzwasser gemeldet, aus dem Norden ein Grad Kälte, noch immer liehen Regenwolken heran, das Barometer steht zwischen Regen und Veränderlich. Es ist daher nicht erhebelnd, mit den alten Bauern zu sprechen: „Mai kühl und naß, fällt dem Bauern Scheun' und Faß. Ueber solche Bauernregeln, in denen fälschlich viel Wahrheit steckt, legt man sich sehr gerne hinweg, diesmal mit der stillen Hoffnung, auch wenn es ein schöner Mai wäre, könnte der Bauer eine gute Ernte haben. Immerhin, bisher war der Mai ein soniger, herrlicher Monat und wir stehen ja an seinem Ende. Dieses düstere Ende jedoch wird dem Mai 1932 den Charakter verleihen, denn auch in der Wetterbeurteilung findet sich die alte Regel, daß man die schönen Tage vergißt, und die bösen in Erinnerung behält. Dem kommenden Juni wird es vorbehalten bleiben, wider neue Hoffnungen zu werden und besonders für die Ferienzeit warmes und schönes Wetter vorzubereiten. Fredi.

Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 26. Mai 1932

Wettervorhersage für den 27. Mai 1932 (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Zeitweilig lebhaftige Winde aus West bis Nord, meist karböwölft, etwas Temperaturrückgang, zeitweilig Niederschläge.

Daten für den 26. Mai 1932. Sonnenaufgang 5,54 Uhr. Sonnenuntergang 20,01 Uhr. Monatsaufgang 1,07 Uhr. Monatsuntergang 11,37 Uhr.

1876: Der protestantische Vordichter Paul Gerhardt in Lützen gef. (geb. 1607).

1832: Hambacher Feis auf Schloss Hambach (heut Marburg) bei Rhenstadt a. d. Rardt.

1840: Der Weigenhäutler Niccolò Paganini in Nizza gef. (geb. 1782).

1874: Der Dichter Richard von Schaul in Brunn geb.

1910: Der Bakteriologe Robert Koch in Baden-Baden gef. (geb. 1844).

Polizeibericht. Am 17. 5. 32 in der 11. Nacht wurde von einem patrouillierenden Polizeibeamten auf der Bismarckstraße ein junger Mann wegen Verdachts des Einsteigediebstahls auf frischer Tat gestellt worden. Obwohl dieser jede Schuld leugnete und er eine treffende Ausrede hatte, ließ sich der Beamte von ihm nicht beirren und schritt zu seiner Festnahme. Die kriminalpolizeilichen Erörterungen haben ergeben, daß der Festgenommene ein guter Freund in dieser Nacht doch einen Einsteigediebstahl geplant hatten. Mit den Burichen hat sich die Kriminalpolizei weiter beschäftigt und es konnten ihnen und 3 weiteren gleichaltrigen Burichen nach umfangreichen Erörterungen die Einsteigediebstahlstrafe am 12. 31. Festsetzungstr. 13. 2. 32. Fiskusverkaufsstelle von Jäger, 2. 32. im Erfrischungraum U. L., am 17. 3. 32 von Döllner, 12. 4. 32 im Geschäft der Firma Niehner, Wendisch und Dufte (Robelindustrie) am 11. 5. 32, der verurteilte Einbruch in das Blumengeschäft von Fehler Städtel Gröbe, Automateneinbruch im Bürgergarten am 15. 4. 32, die Automatenentwehlung in der Bedürfnisanstalt am Rosenplatz und Fremdenhof „Wettiner Hof“, der Warenautomateneinbruch Anfang Mai 32 an der Dampfschiffhalle und die Ladeneinbruch bei Justin und Gumlich nachgewiesen werden. Zwei dieser Burichen wurden dem Amtsgericht zugestellt.

Sparfameit in den Haushaltplänen der Kirchengemeinden. In einer vom Landeskonfistorium erlassenen Verordnung über die Haushaltgebarung der Kirchengemeinden im Jahre 1932 wird u. a. verlangt, daß bei den Einstellungen in die Haushaltpläne auf die große wirtschaftliche Notlage der Gegenwart, die das Niedrighalten der Kirchensteuer erfordert, Rücksicht genommen wird. Den Kirchenvorständen wird bei den sachlichen Aufwendungen größte Sparsamkeit auferlegt. Größere Aufwendungen sollen auf Zeiten zurückgestellt werden, in denen sich die wirtschaftliche Lage der Steuerzahler wieder gebessert hat.

Geldlotterie des Deutschen Hygiene-Museums. Am 11. und 13. Juni findet die Ziehung der diesjährigen Geldlotterie des Deutschen Hygiene-Museums statt, die mit Gewinnen im Gesamtbetrag von 90.000 RM ausgestattet ist. Darunter sind ein Hauptgewinn von 15.000 RM und Prämien von 10.000 und 5.000 RM vorgesehen. Der Lospreis beträgt 1 RM.

Der GDA zum sächsischen Handels- und Berufsschulwesen. Das Gaubildungsamt des Gewerkschaftsbundes der Angehörigen, Gau Sachsen, hat in einer ausführlichen Eingabe an das sächsische Volksbildungsministerium seine Stellungnahme zum beabsichtigten Um- bzw. Neubau des sächsischen Berufsschulwesens bekanntgegeben. Der GDA fordert einheitliche gleichberechtigte Eingliederung der Berufsschule im Ministerium neben Volksschule und höherer Schule. Im Rahmen des Berufsschulwesens ist eine straffe Zusammenfassung von Handelsschulen und bisherigen kaufmännischen Klassen in Gewerbe- und Berufsschulen notwendig. Einer gebienden und sachlichen Schulung der kaufmännischen Lehrlinge kommt in der Jetztzeit besondere Bedeutung zu, da die rationalisierten und spezialisier-

ten Betriebe oft nicht mehr wissend und in der Lage sind, dem kaufmännischen Lehrling eine umfassende praktische kaufmännische Ausbildung zu geben. Für diesen Schulflakentyp sind deshalb auch gut geführte Lehrkräfte, die genügend Verbindung mit der Praxis haben — am besten Diplom-Handelslehrer — notwendig. Das freie Handelsschulwesen in Sachsen muß auf seiner bisherigen Höhe erhalten bleiben und darf den Sparmaßnahmen nicht zum Opfer fallen. — Der GDA fordert als anerkannte Vertreter des kaufmännischen Nachwuchses stärkere Möglichkeiten zur Mitarbeit durch Einsetzung eines vorläufig zusammengefügten Beirates für das Berufsschulwesen im sächsischen Volksbildungsministerium und durch Dinausziehung der GDA-Vertreter in die örtlichen Fachschulräte der Berufsschulen und Kuratorien der Handelsschulen.

Die Reichswahlreform von Sachsen. Wie bekannt, liegt der Reichsregierung ein Entwurf zur Reichswahlreform vor. Diese Reform, die vor allem eine Verfeinerung der Wahlkreise vorzieht, wird eine Neuerteilung des Reiches nach wahltechnischen Gesichtspunkten bringen. Statt bisher 35 Wahlkreisen wird es künftig 162 Wahlkreise geben, deren jeder durchschnittlich 385.000 Einwohner haben soll. Sachsen würde nach dieser Regelung 13 Wahlkreise umfassen, die zusammen die Ländergruppe Sachsen bilden. Dresden und Leipzig würden in je zwei Wahlkreise zerfallen. Dresden bildet den Kern des Wahlkreisverbandes Sachsen-Dr., zu dem die Wahlkreise Birna, Freiberg, Meißen und Bautzen gehören, Leipzig den Kern von Sachsen-West, das die übrigen Wahlkreise Sachsen einschließt. Der Wahlquotient soll von 60.000 auf 75.000 erhöht werden, so daß sich bei durchschnittlicher Wahlbeteiligung die Zahl der Abgeordneten verringern wird.

26. Sächsischer Taubstummblindentag in Jwidau. Die Taubstummblinden in ganz Sachsen werden jedes Jahr einmal zu einem Festtage nach Jwidau eingeladen. Es soll den Armen, die nicht hören und nicht sehen können und das ganze Jahr in einamer Stille und im Dunkeln sitzen, wenigstens ein trober Tag der Schicksalsgemeinschaft und zu gegenseitigen Austausch geschenkt werden. Der diesjährige ist der 26. Er soll Sonntag, den 21. Mai, gefeiert werden. Vormittags 1/2 12 Uhr wird in der Katharinenkirche ein Gottesdienst gehalten, bei dem das Gebetbuch den Taubstummblinden in die Hände gedrückt wird. Nach dem Gottesdienst werden sie ins Taubstummheim geführt, wo ihnen ein Festmahl und nachmittags Bewirtung mit Kaffee und Kuchen geboten wird. Jwidauer Freunde der Taubstummblinden haben alle die Jahre dazu gehalten, die Kosten für Eisenbahnfahrt und Beköstigung auszubringen. Gewiß werden auch diesmal wieder trotz der Schwere der Zeit sich Wohlwäter finden, die ihnen die Feier ihres jährlichen Festtages ermöglichen. Gemeinden, in denen Taubstummblinde leben, werden gebeten, diese auf den Taubstummblindentag aufmerksam zu machen. Ausweise zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für die Taubstummblinden sind von Pfarrer I. H. Gocht in Jwidau, Lutherstraße 21, zu beziehen.

Reichsschulwoche für alkoholfreie Jugendziehung. Auch in diesem Jahre soll im Gubernium mit den zuständigen Behörden und Lehrervereinen eine Reichsschulwoche für alkoholfreie Jugendziehung durchgeführt werden, und zwar vom 24. bis 29. Oktober. Die Durchführung der Veranstaltung liegt in den Händen der Reichsarbeitsgemeinschaft für alkoholfreie Jugendziehung, Berlin W 9; für Sachsen steht die Sächsische Landeshaupstelle gegen den Alkoholismus in Dresden allen Schulen zur Verfügung. — Schon jetzt aber vermittelt die Landeshaupstelle geeignetes Anschauungsmaterial und Literatur und entsendet in der bisherigen Weise Lehrkräfte und bewährte Redner für Schulvorträge über die Alkoholfrage. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Dresden-A. 1, Bismarckstraße 19, I., Fernruf 17 558.

Jugendliche Personen als Gewerbetreibende. In den Kreisen des Handwerks und Gewerbes wird darüber geflagt, daß häufig jugendliche Personen selbständig ein Handwerk oder sonstiges Gewerbe betreiben, ohne die hierzu erforderlichen Fachkenntnisse und die nötige Geschäftsgewandtheit und Erfahrung zu besitzen. Hierdurch kann, wie in einer im Justizministerium-Verordnungsblatt Nr. 4 vom 25. Mai enthaltenen Verordnung über die Anhebung der Gewerbesteuer vor der Erteilung vor-mundschaftergerichtlicher Genehmigungen ausgeführt wird, das Ansehen des ganzen Berufsstandes gefährdet werden. Nicht selten werden Personen, die mit den jugendlichen Gewerbetreibenden in geschäftliche Beziehung getreten sind, an ihrem Vermögen gefährdet. Aber auch die Vermögenslage des jugendlichen Gewerbetreibenden selbst wird durch die verkehrte Selbständigmachung in vielen Fällen nicht gebessert, sondern vermindert. Die Vormundschaftergerichte werden daher, wenn von dem gesetzlichen Vertreter eines Minderjährigen beantragt wird, die vor-mundschaftergerichtliche Genehmigung zum selbständigen Betrieb eines Gewerbesgeschäftes zu erteilen, vorsätzlich zu prüfen haben, ob die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige und gesunde Führung des Geschäftes gegeben sind. Den Vormundschaftergerichten wird vom Justizministerium empfohlen, vor der Entscheidung über die Genehmigung in geeigneten Fällen zunächst die zuständigen Gewerbesteuern gutachterlich zu hören, sofern der Gegenstand des Gewerbesgeschäftes zum Geschäftsbereich der Gewerbesteuern gehört.

Arbeitsvermittlung nach dem Ausland. Das sächsische Wirtschaftsministerium macht darauf aufmerksam, daß die Anwerbung und Vermittlung von Arbeitnehmern nach dem Ausland einer besonderen Genehmigung gemäß der Verordnung über Anwerbung und Vermittlung von Arbeitnehmern nach dem Ausland bedarf. Die unbefugte Anwerbung und Vermittlung wird nach den Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestraft.

Einfuhr von Rissen aus Deutschland nach England. Wie aus einer Verordnung des Sächsischen Wirtschaftsministeriums hervorgeht, haben die Bedingungen, unter denen die Einfuhr von Rissen nach England zugelassen wird, insofern eine Verschärfung erfahren, als die bedingungslose Einfuhr nicht bis zum 2. Juni, sondern nur bis zum 27. Mai einstellt. Gestattet ist. Sendungen, die vom 28. Mai ab in England eingeführt werden, müssen bereits mit dem vorgeschriebenen Ursprungszeugnis der Gemeindebehörden ausgestattet sein.

Entschädigung der Gemeinden für die Gemeindebeitragsentlastung. Wie aus einer Verordnung des Ministeriums des Innern hervorgeht, gehen den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern dieser Tage die Unterlagen für die Zahlung der schließlichen Biersteuerentschädigung durch die Kreisbauwirtschaften zu. Der Entschädigung wird das Aufkommen an Gemeindebeitragsentlastung in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dez. 1931 zugrunde gelegt. Anträge einzelner Gemeinden, den Berechnungen anstelle der feinerzeit zur Reichsinanzstatistik gemeldeten Beträge aus Billigkeitser- oder sonstigen Gründen höhere Zahlen zugrunde zu legen, können keine Berücksichtigung finden. Die Entschädigungsbeträge werden den Gemeinden über 5000 Einwohnern monatlich durch die Landeshaupstelle überwiesen werden. Die Entschädigung für die Gemeinden mit nicht mehr als 5000 Einwohnern wird an die Bezirksverbände im Verhältnis der Zahl ihrer Einwohner in den Gemeinden mit nicht mehr als 5000 Einwohnern monatlich überwiesen werden. Diese Beträge sind nach reichsrechtlicher Vorschrift zur Erleichterung der Wohlhabtlasten in den Gemeinden unter 5000 Einwohnern zu verwenden. Eine Entschädigung für den Biersteuerausfall in den selbständigen Ortsbezirken ist nicht vorgesehen.

Um die Senkung der Neubaumieten. Auf eine Eingabe des Landesverbandes Sachsen des Deutschen Beamtenbundes wegen Mietserleichterungen hat die Staatsregierung erwidert, daß gegenwärtig keine Maßnahmen möglich seien, die den Staat belasten. In der Wohnungsfürsorge für Beamte beschreibe man in Sachen bewußt einen anderen Weg als das Weis. Das Ministerium könne daher der Anrechnung des Landesverbandes wegen Erleichterungen beim Bezug von Neubauwohnungen nicht entsprechen.

Röderau. Die R. N. S. Wf. des Mil. Vereins Röderau beging am Sonntag die Einweihung der Schießhalle ihres Kleinfallerschießstandes. Sämtliche umliegende Nachbarvereine waren hierzu eingeladen. Bei halbwegs antem Wetter begann die Feier nach dem Eintreffen ihres Bundeschützenw. Herrn Oberkitt. Tröger. In Vertretung der zur Bezirksstange abwesenden Vorkunden des Mil. Vereins Röderau bearbeitete Kamerad Weidau und Kamerad Dietrich alle erschienenen mit herzlichen Dankworten. Darauf sprach Herr Oberkitt. Tröger in ferndeutschen markigen Worten, indem er besonders Joesch und Riels der anwärtig strebenden R. N. S. Wf. darlegte. Darauf wurde der Führer Kamerad Dietrich Köstlich für seine aufopfernde Tätigkeit durch ein feierliches Geschenk überreicht. Kamerad R. sprach hierzu kurze an Herzen nebens Worte. Das am Sonnabend nachmittags begonnene Dreischießen wurde anschließend fortgesetzt. Die Beteiligung war sehr rege, lockten doch die schönen lockbaren Preise zu sehr. Es wurden durchschnittlich sehr gute Resultate erzielt. Ersten Preis erhielt Donat, Laubitz, 2. Preis Albrecht, Röderau, 3. Preis König, Röderau, 4. Preis Dietrich und 5. Preis Naundorf, Röderau. Als Trostpreis für den schlechtesten Schützen wurde eine gefittete Wurst zur Stärkung verteilt. — Am Abend versammelten sich noch einmal die Angehörigen der Wf. mit ihren Damen in der Schießhalle bei einem Trank eblen Rielwassers, gekittet vom Ehrenmitglied Hr. Fuhrmann. Kamerad Tröger brachte hierbei in Bros den Wertbegriff des Schießstandes so recht treffend zum Vortrag. Allen wird dieser Tag und Abend in guter Erinnerung bleiben. Herricht doch edler Kameradschaftsgeist in der Wf. N. S. S. Strebla. Ausgerechnete Feuerwehrlente. In der letzten Versammlung der Freiw. Feuerwehr Strebla konnte wieder eine hohe Auszeichnung verliehen werden. Im Austrage des Landesverbandes sächs. Feuerwehren wurde dem Kameraden H. Führer Karl R. S. P. e. das tragbare Ehrenzeichen mit Urkunde für 25 jährige treue Dienstzeit durch Kommandant Kühne feierlich überreicht.

Wellerswalde. Ordination des Vikars Albrecht. Den Kirchengemeinden Wellerswalde, Wersmisch und Lieblich wurde der Trinitatissonntag zu einem doppelten Festtag. Während sonst das Dreieinigkeitstfest in unfern Landgemeinden wenig beachtet wird, fällt am vergangenen Sonntag eine zahlreiche Gemeinde das Gotteshaus, um die feierliche Handlung mizuerteilen, durch die Herr Pfarrer Albrecht die Weis und Einfügung erhielt, die ihn zur vollkändigen Ausübung des von ihm bisher schon ein Jahr lang zum Teil verwalteten Amtes befähigt. Für den jungen „Doktor“, der nun diesen schönen und bedeutungsvollen Titel mit vollem Recht führen kann, für die Gemeinde, die so lange einen eigenen Seelforger entbehren mußte, für alle Beteiligten wird der Tag in seiner ungetrübten Weis und tiefen, schlichten Feierlichkeit unvergeßlich bleiben.

Dahlen. Schlechter Schweineverkauf. Von den zum letzten Schweinemarkt in Dahlen aufgetriebenen 51 Ferkeln konnten lediglich 19 Tiere verkauft werden. Der Preis bewerte sich zwischen 9 und 12 Mark.

Großhain. Goldene Hochzeit. Am 25. Mai beging Herr Oscar Buchwald mit seiner Gemahlin in Spremberg-Großhain die Feier der goldenen Hochzeit. Frau Anna Buchwald geb. Hofmann ist im alten Wahrenhain zu Wilsdorf geboren. Otern 1871 begann Herr Buchwald seine Tätigkeit in der 1849 von seinem Vater, dem Commerzienrat Reinhard Buchwald, errichteten Tuchfabrik in Großhain. 1882 wurde er Teilhaber, 1906 alleiniger Inhaber der Firma. Der Ausbruch des Weltkrieges zwang zur Stilllegung des Betriebes. Auch ehrenamtlich war Herr Buchwald in Großhain viele Jahre tätig, 15 Jahre im Vorstand der Ortsfrankenkasse, ebenso in dem der Handelsschule, 1891 bis 1905 Stadtverordneter, die letzten Jahre Vorkerber des Roten Kreuzes, bei den Wahlen vereinte er wiederholt auf sich die höchste Zahl der abgegebenen Stimmen. Bei seinem Abgang überreichte ihm der Stadtrat in Anerkennung seiner Verdienste eine Ehrenurkunde.

Domagitz. Seinen 90. Geburtstag feiert am 27. Mai Herr Rentier Julius Rohberg.

Lera. Ehrlicher Finder. Einen erkannten Fund machte der hier wohnhafte Steinarbeiter St. auf dem Wege an der Karpfenhäufe, als er eine am Boden liegende Ledertasche aufhob und in dieser über 100 RM. in Fünftmarckstücken fand. St. brachte den Fund in Siederbit. Wenige Stunden später stellte sich Fräulein W. aus Rischschü ein, der die Tasche vom Fuhrab abgeriffen war und die ihren Verlust erst in Weihen bemerkt hatte.

Mägeln. Eine Kollaudung auf Verntiger Flur mußte Dienstag vormittag gegen 11,30 Uhr das kuppelartige Verfestigungsw. D. 1567 der Binte Blauen-Jwidau-Gebauh-Dresden-Leipzig-Modau-Blauen vornehmen. Oberhalb der Schäferlei landete die Messerschmidt-Maschine glatt, und der Wilt konnte in 20 Minuten den Schaden, einen Dentilknagenbruch, beheben, während der einseitige Valfagler den unzureichenden Wiltball denken konnte, daß die Gegend zu betrachten. Kurz vor 12 Uhr kartete das Flugzeug, nachdem die Gendarmrie den Tatbestand aufgenommen hatte, und war in kurzer Zeit den Blicken des zahlreichen Publikums verschwunden.

Dresden. Wieder ein Falschmänger festgenommen. Am 24. Mai wurde von der Kriminalpolizei ein 36 Jahre alter Fleischer von hier wegen Vorbereitungsbandlungen zur Falschmängerei festgenommen. Er hatte die Wf. d. sächs. 50-Fennigstücke herzustellen. In diesem Zweck hatte er sich die dazu erforderlichen Werkzeuge und das Herstellungs-material verschafft. Durch das Eingreifen der Kriminalpolizei wurden die Herstellung und Veräußerung der Falschstücke rechtzeitig verhindert.

Dresden. Ein großes Wohlthätigkeits-Konzert der Reichswehr. Am Sonnabend, den 4. Juni, findet um 21 Uhr auf dem DSC-Platz im Otragebezirke ein Wohlthätigkeits-Konzert statt, an dem 10 Kapellen der Reichswehrbataillone Dresden, Bautzen, Döbeln, Freiberg und Böhau mitwirken. Im Anschluß an das Konzert ist Feuerwerk und großer Zapfenstreich.

Dresden. Vergnüglich. Vermutlich infolge der anhaltenden reichlichen Niederschläge der letzten Tage lösten sich gestern morgen am Collberg in Dresden-Gohlis 80 bis 90 Kubikmeter Stein- und Geröllmassen, darunter mehrere gunterschwere Felsblöcke, los und kürzten mit großem Gepolter auf die Wf. g. Straße herunter. Einem glücklichen Umhand ist es zu danken, daß im gefährlichen Augenblick niemand die Straße passierte und daß die Schutzmassen nicht die Gleise der dicht vorbeifahrenden Eisenbahnlinie Dresden-Tharandt erreichten. Die Aufräumungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen und die Straße für jeden Verkehr gesperrt.

Dresden. Gedenkfieren für den verstorbenen König. Anlässlich des gestrigen Geburtstages des jüngst entschlafenen Sachsenkönigs Friedrich August III. fanden in diesen Tagen eine Reihe von Gedächtnisfeiern in Dresden

und anderen Teilen Sachsens statt. Gestern vormittag versammelten sich die hier weilenden Mitglieder des königlichen Hauses mit einer Anzahl gefadener Gäste zu einer kleinen Feier in der katholischen Hofkirche, wo Prälat Müller in der Fürstengruft die Gedächtnismesse zelebrierte.

Dresden. Gründungsfeier der Technischen Hochschule Dresden. Am Sonnabend, den 4. Juni, findet in der Aula der Sächsischen Technischen Hochschule zu Dresden ein Festakt aus Anlaß der Gründungsfeier der Hochschule statt. Die Festrede hält Prof. Dr. Panenka über das Thema „Vom Menschentum Goethes“.

Dresden. Obermusikmeister S. Stod 70 Jahre alt. Der in Dresden lebende ehemalige Obermusikmeister des königlichen sächsischen Garderegiments S. Stod feiert am 28. Mai seinen 70. Geburtstag. Geboren in Suhl bei Magdeburg, lernte er in der Stadtpfeifer-Körnung a. S. und trat 1859 als Trompeter in das Garderegiment ein, dem er bis zu seiner Verabschiedung 1920 angehörte. Dazwischen war er von 1887 bis 1889 als Stadttrompeter zum Trainbataillon Nr. 12 adkommandiert und hat 1914 bis 1917 im Felde gekämpft. Als Kapellmeister, mit dem damaligen Titel Stadttrompeter und dann Obermusikmeister, hat es Stod verstanden, seiner Garderegimentkapelle zu dem Ansehen und zu dem Ruhm zu verhelfen, die sie sich in ganz Sachsen und durch Gastspiele auch in vielen Bänden Deutschlands erworben hat. Er selbst erhielt viele Auszeichnungen und Belohnungen. Seit seiner Verabschiedung 1920 leitet er als Militärmusikdirektor auch heute noch in aller Mäßigkeit eine eigene Kapelle, die sich größter Beliebtheit erfreut.

Bautzen. Wegen Verhofes gegen die Devisenverordnung vor Gericht. Wegen Verhofes gegen die Devisenverordnung verurteilte das Gemeinliche Schöffengericht Bautzen die in Kittau wohnhafte Kaufmannswitwe Maria Ex aus Gablonz kostenpflichtig zu 300 Mark Geldstrafe oder dreißig Tagen Gefängnis. Sie hatte ein Vermögen von 100.000 Tschekenkrone bei Gablonz und Cottauer Banken angelegt. Nach dem Erscheinen der Notverordnung hatte sie ihr Vermögen zwar der Reichsbank mitgeteilt, war aber von dieser wiederholt vergeblich an die Uebertragung ihres Guthabens erinnert worden und hatte überhaupt nicht mehr darauf geantwortet, so daß die Reichsbank Anzeige erstattete. Wegen den ihr ausgesetzten Strafbefehl erhob Frau Ex Einspruch, über den das Gericht gestern zu befinden hatte. Es nahm zu Gunsten der Beschuldigten an, daß sie nicht vorläufig, sondern nur schließlich gehandelt habe und wart die oben erwähnte Strafe gegen sie aus.

Bautzen. Schaden durch Blitzschlag. Während des heftigen Gewitters am Sonntag schlug der Blitz in Maltitz in das Anwesen des Gutbesizers Fuchs, ohne zu zünden. Im Stalle wurden jedoch eine Kalbe und einige Enten getötet, während ein Knecht leicht bedäht wurde.

Kammern. Fichte-Feier. In Kammern, im Geburtsort des Bischofen Johann Gottlieb Fichte (geb. 19. Mai 1762), wurde auf einem Heimatabend des großen Sohnes der Gemeinde gedacht. Bäckermeister Gnaul legte einen Kranz am Fichte-Denkmal nieder, und Max Reibig-Bautzen, der 2. Vorsitzende des Landesvereins Sachsen für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, hielt die Festansprache. In einem Lichtbilder-Vortrag schilderte Lehrer Denk-Bautzen das Leben der Königin Luise, Gesänge und Rezitationen umrahmten die Feier. Man beabsichtigt, demnächst im Heimatmuseum eine Fichte-Stube zu schaffen.

Uebau. Am Sonntag traf ein kalter Westwind die Lichtleitung nahe der katholischen Kirche; es ist nur unbedeutender Schaden entstanden. Auch in Uebau schlug der Blitz in eine Lichtleitung und eine Antenne.

Ebersbach i. V. Mitzlich war der 10jährige Sohn des Webmeisters Muffler in Niederunnersdorf in eine Hacke getreten und hatte sich eine Wunde am Fuß zugezogen. Nachdem die Verletzung schon beinahe geheilt war, stellte sich plötzlich Wundstarrkrampf ein. Das Kind wurde ins Bezirkskrankenhaus Ebersbach gebracht, wo es bald darauf verstarb.

Grüma. Leichtfertiger Umgang mit einer Waffe. In leuchtendster Stimmung hatte ein Geschäftsmann aus Rudau auf einen Fuhrwerksbesitzer aus Reunis einen Schuß aus einer Schrotkugelpistole abgegeben. Der Fuhrwerksbesitzer trug dabei die Verletzung am Leib davon, der er keine Beachtung schenkte. Später stellte sich aber die Gefährlichkeit der Verwendung heraus, und nun liegt der Mann in bedenklichem Zustande im Würzener Krankenhaus. Dem leichtfertigen Schützen wird eine teure Rechnung präsentiert werden.

Leipzig. Büroeinbruch leicht gemacht — Der Selbstmordanschlag liegt bereit. In der Nacht zum 24. Mai drangen unbefannt gebildete Diebe in ein Büro am Dittrichsring ein, durchwühlten zunächst alle Schreibtische und fanden bei dieser Gelegenheit auch den Schlüssel zum Selbstmord. Sie öffneten den Schrank und stahlen daraus mehr als 1000 Reichsmark bares Geld. Das Polizeipräsidium warnt davor, den Schlüssel zum Selbstmord in die Hände der Diebe zu legen.

Leipzig. Ein vorbildlicher „Geschäftsführer“ vor Gericht. Vom Gemeinlichen Schöffengericht in Leipzig wurde der 29jährige Kaufmann Gustav Winter aus Leipzig wegen schweren Konkursverbrechens und Betrugs zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Im Dezember 1926 erwarb Winter sämtliche Geschäftsanteile des Abzahlungs- und Versandgeschäfts für Herren-Artikel und Wäsche Schwenn u. Co. in Leipzig. Als Geschäftsführer der Firma hatte der Angeklagte in der Zeit vom Januar 1927 bis zum Mai 1928 etwa 14.000 RM. Geschäftsgelder an sich genommen und das Geld auf die leichtsinnigste Art und Weise verbraucht. Die Firma Schwenn u. Co. wurde dadurch zahlungsunfähig. Die schwer geschädigten Gläubiger erklärten gegen Winter Anzeige, der seine Verschwendungssucht nunmehr mit längerem Aufenthalt in der Gefängniszelle büßen muß.

Chemnitz. Streit an der Seidenbachtalperze. Die Belegkassette des Seidenbachtalperzenbaues ist wegen der Lohnentzug im Baugewerbe in den Streit getreten. Die Baustelle liegt bereits seit 20. Mai still. Von Arbeitsebene war den Streitenden das Ultimatum gestellt worden, die Arbeit bis zum Dienstag, den 24. Mai wieder aufzunehmen. Eine am Montag unter Führung der kommunistischen RWG. (Revolutionäre Gewerkschafts-Organisation) abgehaltene Betriebsversammlung entschied sich jedoch mit großer Mehrheit für den Streit. Die an dem Bau beteiligten Unternehmern haben nunmehr die fristlose Entlassung der Streitenden ausgesprochen. Eine Beschäftigung von Arbeitswilligen ist zur Zeit unmöglich, da die Streitenden die gesamte Baustelle mit Streikposten umstellt haben.

Chemnitz. Unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen. Am 9. Mai war, wie berichtet, im Lagerhaus eines Wohnhauses in Sorbendorf ein Brand entstanden, der, bevor er größere Ausdehnung annahm, gelöscht werden konnte. In der Nacht zum Dienstag brach in dem Grundstück erneut Feuer aus, dem der Dachstuhl zum Opfer fiel. Unter dem Verdacht, die beiden Brände vorsätzlich angelegt zu haben, wurde nunmehr der Besitzer des Hauses festgenommen und dem Amtsgericht Augustsburg zugeführt.

Chemnitz. Am Dienstag nachmittag stürzte auf der Kantstraße ein älterer Mann, der auf dem Balkon im 2. Stockwerk eines Hauses Blumenkästen aufstellte, vom Balkon auf die Straße, wo er schwerverletzt liegen blieb. In bedenklichem Zustand wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Niederwürschnitz. Die Unterschlagungen bei der Ortskrankenkasse Niederwürschnitz. Im Februar d. J. hatte sich, wie feinerzeit berichtet, der Geschäftsführer der Ortskrankenkasse Niederwürschnitz, Weidlich, erschossen, nachdem man Unterschlagungen und Urkundenfälschungen, die Weidlich begangen haben sollte, auf die Spur gekommen war. Inzwischen sind nun die Jahresrechnungen der Kasse von 1920 und 1921 durchgeprüft worden, wobei ein Fehlbetrag von etwa 2000 Mark festgestellt wurde. Der Prüfungsbericht wurde in der letzten Ausschussung der Kasse zur Kenntnis genommen. Von einer Nachprüfung früherer Jahresabschlüsse soll Abstand genommen werden, da eine solche zu hohe Kosten verursachen würde.

Werdau. Ein grauenhafter Selbstmordversuch. Am Dienstag nachmittag ereignete sich in Werdau ein schwerer Explosionsunfall, bei dem ein 28 Jahre alter erwerbsloser Arbeiter schwer verletzt wurde. Die Detonation war so stark, daß man anfangs annahm, es handle sich um eine Explosion im Gaswerk. Den ersten Augenzeugen des Unfalls bot sich beim Betreten des mit Pulverrauch angefüllten Wohnraumes ein trauriges Bild. Der bis zur Unkenntlichkeit von Brandwunden und über und über mit Blut bedeckte Arbeiter stand schwerverletzt dem vollen Bewußtsein an dem Sofa. Mit der linken Hand hielt er den rechten Arm, von dem die Hand vollständig abgerissen war, umfaßt. Besonders schwere Verletzungen hatte der Verunglückte im Gesicht erlitten. Der Verletzte befand sich kurz vor der Explosion allein in seiner Wohnstube. Nach den am Tatort angefertigten Ermittlungen hatte der Verunglückte eine Wechbüchse mit Pulver und einer größeren Anzahl scharfer Pistolenspatronen gefüllt und auf diese Weise eine Sprengbombe hergestellt. Die Polizei gibt bekannt, daß mit großer Wahrscheinlichkeit ein Selbstmordversuch vorliegt. Dem Verunglückten wurden im Krankenhaus der rechte Unterarm amputiert. Außerdem macht sich die Entfernung des rechten Auges notwendig. Die Explosion hat erheblichen Sachschaden angerichtet.

Annaberg. Handwerksburschen verursachen einen Scheunbrand. In Kleinrückerswalde wurde das Anwesen des Gutbesizers Höber von einem Schadenfeuer heimgesucht, dem die Scheune nebst den darin untergebrachten landwirtschaftlichen Maschinen zum Opfer fiel. Soweit feststeht werden konnte, haben Handwerksburschen, die in der Scheune nächteten, den Brand verursacht.

Wickau. Bei der Arbeit verunglückt. Am Dienstag morgen verunglückte auf dem Brückenbergwerk der 47 Jahre alte verheiratete Bergarbeiter Anton Ebner dadurch, daß er mit dem linken Oberarmel in das Räderwerk einer Pumpe geriet. Dabei erlitt er so schwere Fleischwunden, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In einer Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik in Wickau wurden am Montag zwei Arbeiter durch tosenden Sprup verbrannt. Einer der beiden erlitt schwere Verletzungen, so daß sich seine Ueberführung nach dem Krankenhaus notwendig machte.

Niederleschitz. Auflösung des Gemeindeverbandes „Erzgebirgsverehr“. Am Montag hielt hier der „Erzgebirgsverehr“, Gemeindeverband zur Hebung des Fremdenverkehrs im Erzgebirge, ein Löbnis, seine Hauptversammlung ab, in der auf Vorschlag des Vorstandes einstimmig die Auflösung des Verbandes beschlossen wurde. Der Grund hierfür liegt darin, daß sich von den 47 Mitgliedsgemeinden in letzter Zeit zahlreiche infolge ihrer finanziellen Notlage gemeldet haben, aus dem Verbande auszuscheiden. Der Vorstand wurde beauftragt, das dem Verband gehörende Erzgebirgsverehr-Verzeichnis möglichst zu verkaufen.

Mittersgrün i. Erzgeb. Als der im Sägewerk Julius Bleil in Mittersgrün beschäftigte 30jährige Weichhölzer-Schreiber in Scheibenberg den verlust und den Deubau etwas zu fest angefaßt, zerbrach dieser und schlug Schreiber die Halskugel durch. Der Verunglückte starb infolge Verblutung.

Mühlberg (Elbe). Zufriedenstellender Sachfang in der Elbe. Der Sachfang in der Elbe, der alljährlich im Januar einsetzt und im Mai endet, war in d. J. recht zufriedenstellend. Allerdings drückten die guten Fangergebnisse die Preise herab. Es wurden in diesem Jahre nur 120 RM. für das Pfund gezahlt gegen 2.— RM. bis 3.— RM. in früheren Jahren. Die von Mühlberger Fischern gefangenen Lachse werden bis nach dem Rheinland verschifft.

Torgau. Mit dem Fahrrad in den Bach gefahren und ertrunken. In Langenreichenbach stürzte der 27jährige Rudolf Koppe mit dem Fahrrad in den etwa 1 1/2 Meter tiefen Mühlbach, als er über den Steg fuhr. Dabei kam das Rad so unglücklich über R. zu liegen, daß er sich nicht freischieben konnte und ertrank. Die Witwe schwamm auf der Oberfläche, so daß man auf den Unfall aufmerksam wurde. Die Leiche wurde erst später geborgen.

Elben (Elbe). Leipziger Bootsfahrer kentern auf der Elbe. Ein Wiesenwarter fand hier eine Anzahl Männer und Frauen nebst Kindern nadend im Orale liegend, während sie ihre Kleidungsstücke zum Trocknen auf Stöcken aufgehängt hatten. Wie sich bei der Nachprüfung herausstellte, waren es Bootsfahrer aus Leipzig, deren Boot aufgesehen und umgeworfen war. Dabei fielen sowohl die Insassen als auch die mitgeführten Habseligkeiten ins Wasser. Die Befragung rettete sich und das abtreibende Boot, aber das Reisegepäck, die Nahrungsmittel und wertvolle photographische Apparate wurden ein Opfer der Fluten.

Sörlitz. Frecher Raubüberfall. Am Dienstag mittag wurde im Treppenturm eines Grundstücks auf der Vontestraße die verwitwete 63 Jahre alte Handelsfrau Emma Jankowiak von einem unbekanntem Mann überfallen. Der Täter würgte die Frau am Hals und entriß ihr das Portemonnaie, in dem sich das ganze Barvermögen der Frau in Höhe von mehreren hundert Mark befand. Im Laufe des Mittwochs sind im Zusammenhang mit dem Raubüberfall einige Festnahmen erfolgt, doch konnte der Täter noch nicht ermittelt werden.

Bad Liebenwerda. In den Tod gefolgt. Im Krankenhaus in Halle ist jetzt die 36 Jahre alte Ehefrau Thiere gestorben, die, wie berichtet, ihrem elfjährigen Jungen in einem Anfall von Selbstmord in der Verzeihung über eine unheilbare Krankheit des Kindes die Kehle durchschnitten hatte. Frau Thiere hatte sich selbst schwere Verletzungen beigebracht, die an sich nicht tödlich wirkten. Es kam noch eine doppelseitige Lungenentzündung hinzu, die den Tod herbeiführte.

Elsterwerda. Regen löst großen Waldbrand. Durch die Regenfälle der letzten Tage ist nun endlich der große Waldbrand, der seit den Pfingstfeiertagen in dem Gebiet zwischen Pleß und Grünwald wütete, erloschen. Auch die letzte Feuerwehrt ist vom Brandplatz abgerückt. Einen Begriff von der Größe des Brandes kann man sich machen aus folgenden Zahlen: An Schlauchmaterial waren neben dem gesamten Bestand der Wehr der Braunkohlen- und Bricket-Industrie A.-G. (Sublag), die vielfach anderen Wehren noch ausleihen mußte, vom Lauchhammerwerk 1500 Meter, von den Pleßener Braunkohlenwerken 1435 Meter und von Elsterwerda 800 Meter Schlauch eingesetzt. An Benzol sind von den verschiedenen Motorpumpen weit über 1000 Liter verbraucht worden. Hinzu kommen noch die Hilfsmittel, die die einzelnen Ortswehren der Umgegend für sich eingesetzt hatten. Das gesamte vom Waldbrand heimgeführte Gebiet bietet ein Bild wilderster Zerstörung.

Schleiz. Großfeuer. In Schleiz bei Schleiz brach in einer Scheune des Gutsbesizers Hegner ein Brand aus, dem das Bauerngut und die benachbarten Güter der Witwe Körner und des Landwirts Seidel zum Opfer fielen. Das weitere Uebergreifen des Brandes wurde von den Wehren der Nachbarschaft — es waren sechs Spritzen eingetroffen — verhindert. Das Vieh konnte gerettet werden; es wird Brandstiftung vermutet.

Der neue sächsische Haushaltsplan.

Dresden. Das Gesamtministerium hat heute den Staatshaushaltsplan 1932 verabschiedet. Der Plan wird nun ungeändert dem Landtag unterbreitet werden. Der Notzeit entsprechend, ist der neue Staatshaushaltsplan mit äußerster Sparlichkeit unter weitestgehender Einschränkung aller Ausgaben aufgestellt worden, um die Ausgaben des Staates den katastrophal gesunkenen Einnahmen anzupassen. Der Plan gleicht sich mit 345.924.800 RM. in Einnahme und Ausgabe aus. Dieser Ausgleich ist dadurch erreicht worden, daß man den an sich vorhandenen Unterschiedbetrag zwischen Ueberhöhen und Zuschüssen einen gleich hohen Einnahmeposten in Höhe von 22,3 Millionen RM. gegenübergestellt hat, der vom Reich als Abschlußzahlung auf die Schuld der Kaufpreiserhöhung für die Abtretung der Eisenbahn an das Reich gefordert wird. Auf diese Zahlung hat Sachsen einen — übrigens vom Reich anerkannten — Rechtsanspruch, der mit Nachdruck gegen das Reich im Rechtswege verfolgt wird.

Landeslehrplan für die höheren Schulen.

Das Ministerium für Volksbildung hat einen „Landeslehrplan für die höheren Schulen Sachsens“ herausgegeben, durch den der jetzt geltenden Lehrpläne abgelöst werden. Der neue Landeslehrplan will den organisatorischen Veränderungen des sächsischen Schulwesens, den Wandlungen der Kulturlage, der veränderten geistigen und seelischen Haltung der Jugend und den Fortschritten der wissenschaftlichen Forschung Rechnung tragen.

Er baut sich im wesentlichen auf der Denkschrift von 1926 „Zur Neuordnung des höheren Schulwesens in Sachsen“ auf. Der neue Landeslehrplan will die höhere Schule als Ganzes erfassen und gibt Sondervorschriften für die einzelnen Schularten nur, soweit es deren Eigenart und die Abweichungen in den Stundenzahlen erfordern. Er umfaßt auch die Pläne für die Mädchenbildungsanstalten. Dabei ist besonderes Gewicht darauf gelegt, den Lehrplan einer durch Vereinfachung und Vereinheitlichung des Schulwesens notwendig werdenden Neu- und Umgruppierung des Lehrstoffes anzupassen. Um die Beweglichkeit der Schularbeit zu sichern, gibt er nur Rahmenlehrpläne, die die Richtlinien und Grundlagen für die Sonderpläne enthalten sollen, die nunmehr die einzelnen Schulen aufzustellen haben. Der Unterricht der höheren Schule soll bis Ostern 1933 auf den neuen Plan umgestellt sein.

Besonderes Gewicht legt der Lehrplan auf strengste Sichtung und Auswahl des Lehrstoffes. Ausschlaggebend soll allein der Bildungs- und Lebenswert der Stoffe sein, damit der Schüler nicht durch ein Zuviel überbürdet wird. Jedes Einzelne soll dem Ganzen eingegliedert und untergeordnet werden. Eine Arbeitsgemeinschaft der Lehrer soll die innere Einheit der gesamten Schul- und Klassenarbeit sichern. Der Lehrgang der höheren Schule soll schwer sein, aber die Schwierigkeit nicht in der Hafung, sondern im Gehalt und in der Art der Verarbeitung des Stoffes liegen. Den Forderungen der Jugendpsychologie sucht der Lehrplan im weitestem Maße Rechnung zu tragen. Ueberall soll die Eigenartigkeit des Schülers angeregt werden, will man seine Gesamtpersönlichkeit entfalten, um Geist und Körper im Gleichmaß zu bilden.

Der Landeslehrplan will Menschen heranbilden, die fest im deutschen Volkstum verwurzelt sind, sich mit allen Volksgenossen schicksalsmäßig verbunden fühlen und bereit sind, am Wiederaufbau des Vaterlandes gläubig und fröhlich mitzuwirken. Jedes Fach — auch die fremdsprachigen Fächer — sollen den deutschkundlichen Kern der gesamten Bildungsarbeit der Schule vertiefen helfen. So soll jede Unterrichtsstunde zugleich eine Deutschstunde sein.

Ausdrücklich wird betont, daß der Landeslehrplan die Ergebnisse der praktischen Schularbeit zusammenfasse und die Erfahrungen bewährter Fachlehrer nutzbar gemacht werden sollen. Der Landeslehrplan will die äußere Schularbeit durch vertiefte Bildungsarbeit von innen heraus zum mindesten oder wenigstens zu mildern suchen.

Volksbildungsminister Schick gibt Erläuterungen

In einer Pressekonferenz äußerte sich Ministerpräsident und Volksbildungsminister Schick ausführlich über den „Landeslehrplan“. Leider habe die Finanzkatastrophe dazu gezwungen, auch im Schulwesen statt aufzubauen abzubauen. Immerhin bedeute das Erscheinen eines Landeslehrplans für die höheren Schulen Sachsens einen entscheidenden Schritt nachwärts. Das Ministerium werde weiter auf die Bereinigung des höheren Schulwesens hinarbeiten. Angesichts der Schrumpfung des höheren Schulwesens würden hierzu schon in naher Zeit Entschlüsse notwendig sein. Die Vereinheitlichung werde sich aber nur im Laufe eines längeren Zeitraumes durchführen lassen. Bis zum Inkrafttreten des neuen Lehrplanes — Ostern 1933 — werde das Ministerium auch eine neue Landesschulordnung und eine Aufnahme-, Verlegungs- und Prüfungsordnung herausgeben, durch die das höhere Schulwesen neue Grundlagen für seine Weiterentwicklung auf der Basis der Denkschrift von 1926 erhalten werde.

Ministerialdirektor Baekler vom Volksbildungsministerium äußerte sich ausführlicher über die Ziele und Zwecke des Landeslehrplans. Der Schüler müsse mit der deutschen Heimat, den Schöpfungen des deutschen Geistes und der deutschen Seele vertraut gemacht, in den Reichtum der Sprache, der Geschichte und des Lebens des deutschen Volkes eingeführt werden. Dadurch solle das Gefühl für nationale Ehre und Würde gestärkt und der Schüler zur Ehrfurcht vor der deutschen Vergangenheit, zum Glauben an die deutsche Zukunft und zum Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und Schicksalsverbundenheit aller Volksgenossen erzogen werden. Der junge Mensch solle eingehend mit dem Wesen und den Aufgaben des Staates und den Pflichten und Rechten des Staatsbürgers vertraut gemacht werden. Aber auch für die äußere Kultur, das äußere Verhalten der Schüler müsse sich die Schule verantwortlich fühlen. Die Jugend sei heute kein reines Erziehungsobjekt mehr. Man müsse vielmehr auf die Eigenartigkeit des Schülers entscheidendes Gewicht legen. Der Schüler solle wissenschaftliches Denken und Arbeiten lernen und zu eigener Arbeitstechnik gelangen. Ueberall sei die Verbindung zum praktischen Leben herzustellen und zu vertiefen.

Vor allem gesund sein!

bdy. Die heutige Notzeit verlangt Sparanfertigkeit auf allen Gebieten, auch auf dem der öffentlichen Gesundheitsfürsorge. Gerade hier aber sollte man mit besonderer Vorliebe vorgehen und die Worte des Reichspräsidenten von Hindenburg nicht vergessen, der erklärte, daß die Gesunderhaltung des deutschen Volkes eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben ist, da nur ein gesundes deutsches Volk aus der schweren Gegenwart den Weg in eine bessere Zukunft finden wird.

Auf einer in Baden-Baden abgehaltenen Tagung des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung wurde dabei eine Entschließung angenommen, die an die gesetzgebenden Körperschaften und die maßgebenden behördlichen Stellen die Bitte richtet, in der heutigen schweren Notzeit der hygienischen Volksbelehrung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Denn mehr als je geht heute für jedermann das Wort: „Vor allem gesund sein!“

Der Evangelische Kirchenausschuß in Bittenberg.

In Bittenberg. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß, das oberste Organ der im Kirchenbund vereinten deutschen Landeskirchen, ist anlässlich des sechzigjährigen Jubiläums des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes in der Lutherstadt Bittenberg zusammengetreten. Es wurde ein Schreiben des Reichsinnenministers verlesen, in dem er dem Deutschen Evangelischen Kirchenbund die Grüße der Reichsregierung entbietet. Der Evangelische Kirchenbund, so heißt es in dem Schreiben, lebender Organismus evangelischen Gemeindefusses geworden. In ihm

haben der Gestaltungswille des gesamten deutschen Protestantismus seinen bisher kraftvollsten Ausdruck gefunden. Der Kampf um geistige Güter dürfe niemals anders als mit geistlichen Waffen ausgetragen werden. — Die **Gedenksfeier des Kirchenbundes** fand gestern Abend in der Schlosskirche zu Bittenberg statt. Kirchenpräsident D. Burm-Stuttgart sprach in seiner Predigt von den Aufgaben der Kirche gegenüber der Not der Gegenwart. Immer härter werde heute die Kirche von allen möglichen Richtungen und Parteien in Anspruch genommen. Jeder verlange von ihr Eintreten für seine eigenen begrenzten Ziele. Demgegenüber müsse die evangelische Kirche ihre volle Freiheit und Selbständigkeit wahren; denn ihr Weg sei nicht ein politischer Weg, sondern ein Weg des Glaubens.

Während die Gemeinde die Schlosskirche verlieh, erkante vom Turm das Luther-Lied. Ein feste Burg ist unser Gott.

Notverordnung und vorbeugende Gesundheitsfürsorge der Krankenkassen.

Die Reichsversicherungsordnung räumt den Krankenkassen die Verfügung über die Hilfeleistung im bereits eingetretenen Krankheitsfall auch Maßnahmen zur Krankheitsverhütung zu treffen und dafür Kostenmittel zu verwenden. Von der Verfügung haben die meisten Krankenkassen Gebrauch gemacht. Ihre auf die Krankheitsverhütung gerichtete vorbeugende Fürsorge ist vielfach gestaltet. So zählen dazu die Beratungs- und Fürsorgestellen für Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, die Erholungs- und Kinderheime u. a. m. Nach dem Erscheinen der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931

waren nun Zweifel aufgetaucht, ob die vorbeugende Fürsorge fortan noch in dem Rahmen möglich sei, die nach der Notverordnung keine Wehrleistungen (als nur die gesetzlichen Pflichtleistungen) gewähren dürften. Die Zweifel sind nunmehr durch einen solchen veröffentlichten Erlaß des Reichsarbeitsministers grundsätzlich beseitigt. Der Erlaß spricht aus, daß die Ausgaben für die allgemeine Krankheitsverhütung nicht zu den Wehrleistungen gehören. Es steht also nach wie vor allen Kassen frei, innerhalb bestimmter Grenzen vorbeugende Fürsorge zu betreiben. Der Reichsarbeitsminister hat sich bei seiner Entscheidung sicherlich nicht zuletzt von der Tatsache leiten lassen, daß die planmäßige Gesundheitsfürsorge neben der gesundheitspolitischen Bedeutung auch einen sehr hohen wirtschaftlichen Nutzen hat. Ganz besonders ist es zu begrüßen, daß die Gesundheitsfürsorge der Kassen für die Kinder erhalten bleibt, weil sie unbestritten der weitest aus beste Anknüpfungspunkt für die Hebung und Festigung der gesamten Volksgesundheit ist. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit und fundamentalen Bedeutung der planmäßigen Kinderfürsorge hat eben in den Krankenkassen seit jeher einen fruchtbaren Boden gefunden. So sei z. B. darauf hingewiesen, daß die Deutschnationale Krankenkasse — die Hamburg (die bekannte Berufskrankenkasse der Kaufmannsgehilfen) für die Kinder ihrer Mitglieder eigene Sanatorien eingerichtet hat, in denen jährlich, ja mehrmals jährlich gesunde Kinder Aufnahme und durchgehende Hilfe finden. Diese Kasse wandte dafür 1924 bis 1931 aus eigenen Mitteln über 2 Millionen Reichsmark aus. Sie beweist damit, in welchem hervorragenden Maße sich die Krankenversicherung der Förderung der Volksgesundheit angelegen sein läßt.

Capitol Riesa So lang noch ein Walzer vom Strauß erklingt

Vorfürhrungen werktags 7 und 9,15 Uhr, Sonntags 1,5, 7 und 9,15 Uhr. Heute letzter Tag: **Madame hat Ausgang.** Ab Freitag bis Montag der beste u. schönste Film des Jahres

Es ist die Liebesgeschichte der beiden Strauß, Vater und Sohn, die den Hintergrund für deren unsterbliche Melodien abgibt. Alles an diesem Film ist begeistert: die Handlung, die Darstellung, die Musik und die Kostüme.

Ab heute Donnerstag Lotte Neumann in ihrem ersten Tonfilm: **„Die Liebesfiliale“**

Amtliches

Freitag, den 27. Mai 1932, mittags 12 Uhr sollen in Beitzhain-Dorf, Gasthof Stern, 1 Schreibstisch, 1 Spiegel, Bieraus um 1 Uhr in Beitzhain-Dorf, Café Fink, 1 Chaiselongue und um 2 Uhr in Lager C, Kantine Richter, 1 Kleiderschrank, Bettstellen und verschiedene andere Möbelstücke versteigert werden.

Riesa, am 26. Mai 1932. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Freibank Bobersen.

Freitag früh 9 Uhr Rindfleischverkauf.

Vereinsnachrichten

Motorclub Riesa 1925 e. V. Sonntag 12.30 Start zur Werbefahrt nach Dresden. Stellen in Dresden 2 Uhr am Wilhelm-Platz.

Fort mit den Zeitungsanschnitten!
Fort mit umständlichen Blattansammlungen!
Fort mit flüchtigen Notizen!
Fort mit unklaren langzeitigen Nachschlagwerken!

Dafür das

B. P. D.-Archiv!

Ein umfangreiches Sammelwerk aller wichtigen Vorgänge auf allen Gebieten. In diesem Werk finden Sie mit einem Griff die Unterlagen für jede Antwort, jede Rede, jede geistige Arbeit, für jede Diskussion. Es ruft Ihnen jedes Geschehen in Erinnerung. Sie haben stets Tatsachenmaterial zur Hand und kommen nie in Verlegenheit. Die politischen, wirtschaftlichen, finanzwirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen Fragen, alle beachtlichen Vorgänge in der Parteipolitik, Personalpolitik, in der Rechtspflege wie überhaupt jedes größere Weltgeschehen ist hier übersichtlich, objektiv, überparteilich verzeichnet.

Jeden Monat 1 Band!

In jedem Band ein Register! Die Bände umfassen die Vorgänge des verflochtenen Monats, die Register werden von Band zu Band weiter geführt, sodass stets nur das Register des letzten Bandes zu prüfen ist, weil es jeden Aufschluss gibt. Ein Griff nach dem letzten Band, und Sie wissen sofort, wo sich der Vorgang befindet, den Sie suchen, den Sie im Augenblick brauchen!

Das B. P. D.-Archiv ist deshalb das unentbehrliche Tageshandbuch für jeden Parlamentarier, jeden Agitator und Redner, für jeden Politiker überhaupt, für den führenden Mann, den Leiter einer Organisation, den Vorstand von Vereinen, für führende Beamte, für Banken, Schriftsteller und Redaktionen! Für jeden, der im Tagesgeschehen mitreden will!

Bezugsbedingungen:

Das Abonnement muß auf ein Jahr erfolgen. Es kann jederzeit beginnen. Das Honorar beträgt pro Monat 2,- RM. und ist für 3 Monate mit 6 RM. bei Bestellung zu zahlen oder kann durch Nachnahme erhoben werden. Die fortlaufenden Abonnementsgebühren sind jeweils nach Ablauf eines Vierteljahres für das nächste fällig. Die regelmäßigen Lieferungen erfolgen kostenfrei direkt vom Verlag. Das Abonnement kann einen Monat vor Ablauf gekündigt werden, es läuft auf ein Jahr weiter, wenn keine Kündigung erfolgt. Als Erfüllungsort gilt Berlin. Mit der Bestellung werden die Bedingungen anerkannt. Die Bestellung kann erfolgen durch Postkarte, falls der erste Band unter Nachnahme gesandt werden soll, durch Zahlung des erstfälligen Honorars von 6 Mark auf das Postkontokonto: Berliner Presse-Dienst, Berlin Nr. 125358.

Berliner Presse-Dienst
Berlin NW 50, Radobitstraße 27.

Kleine Anzeigen

Im Riesaer Tageblatt finden schnellste und weitestreichende Verbreitung.

HOLLÄNDERIN BUTTERMILCHSEIFE

NUR NOCH 27 1/2

Laden

sofort od. später zu mieten gesucht. Off. unt. P 2274 an das Tageblatt Riesa.

Köchl. möbl. Zimmer evtl. mit 2 Betten, sofort preiswert zu vermieten. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Wollen Sie Anschaffungen machen, Geld aufnehmen oder drückende Schulden bezahlen. So wenden Sie sich an uns: **Allgem. Kredit- u. Depositenbank A. G., Berlin, Bezirksdirektion Leipzig, Jakobstraße 3.** Mitarbeiter und Vertrauensleute gesucht.

Aufwartung

für einige Vormittagskunden dreimal wöchentl. gesucht Schulstr. 18. 3. r.



Stelle ab heute frische Zug- und Leinentücher hochtragend und mit Kälbern, zum Preise von 200 RM. an zum Verkauf.

H. Thielemann Stolzenhain Fernruf Gröblich Nr. 10. 5 Paar Tauben mit Zwinger zu verkaufen **Rennewald, Heinekr. 3.**

4000—4500 RM.

1. Hypothek auf Landwirtsch. Grundst. baldigst gesucht. Offert. unt. R 2275 an das Tageblatt Riesa.

Leicht-Motorrad, 45-er, Kinderwagen, fast neu, 20.- M., zu verkaufen. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Batterie-Empfänger ab 5 Uhr zu verkaufen. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Rieser Bettfedern-Dämpf-, Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt

Frau M. Steglich Bismarckstr. 22, 2. Etg.

Bilanz der Baugenossenschaft des Personals der Reichseisenbahnen zu Riesa, eingetragene Genossenschaft m. b. H.

Aktiva.		31. Dezember 1931.		Passiva.	
Miethäuser	RM 606 172,45	Geschäftsguthaben der Mitglieder	RM 88 284,20		
Geschäftseinrichtung	3 474,00	Rücklagen	39 494,10		
Beteiligung an anderen Unternehmungen	3 070,00	Hypothekenschulden	556 655,22		
Wertpapiere	780,00	Hinterlegung	1 000,00		
Vant- und Postgeschäftshaben	8 143,32	Reingewinn	5 487,20		
Kassendebito	2,41				
Umwertungsausgleichkonto	69 278,54				
	690 920,72		690 920,72		

Mitgliederbewegung: Zahl d. Mitgl.	Beteiligte Anteile:	Gesamtsatzsumme:	
Mitgliederbestand 1931	271	344	103 200,00
Zugang an neuen Mitgl.	4	4	1 200,00
Zug. durch Ueberr. weiterer Geschäftsanteile	30	30	9 000,00
Abg. i. legt. Wechs.-Jahre	17	18	5 400,00
Ueberrommen in das neue Wechs.-Jahr 32	258	300	108 000,00

Die Geschäftsguthaben sämtlicher Mitglieder haben sich im Laufe des Geschäftsjahres um 5 565,80 RM. vermehrt. Auf voll eingezahlte Geschäftsanteile entfallende 5% Dividende sind recht bald im Bankausweis: „Allgemeine Deutsche Creditanstalt Riesa“ abzugeben. Als Ausweis „Kontobuch“ mitnehmen. Alle anderen Kontoführer bis mit Nr. 546 sind im Geschäftsjahres zwecks Entschreibung der Dividende abzugeben.

Riesa, den 25. Mai 1932.
Baugenossenschaft des Personals der Reichseisenbahnen zu Riesa eingetragene Genossenschaft m. b. H.
Der Vorstand: Max König, Max Manewald.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme beim Heim- gange unseres lieben unvergesslichen Entschlafenen, des

Herrn Moritz Grunert

sagen wir nur hiermit allen, die uns durch Wort und Schrift sowie Blumenschmuck und ehrende Begleitung zur letzten Ruhestätte ihre Teilnahme bezogen haben, den **herzlichsten Dank.**

Riesa, den 26. Mai 1932.

Die trauernden Hinterbliebenen.

„Nordseehalle“
Kücherei u. Gastst. Nr. 57
empfiehlt allergünstig
marinierte Ringe
in Saucenheringe.

Stadtspark
Morgen Freitag
Großes Abend-Konzert
ausgef. von Kapelle Trostel. Eintritt 0,25
einkl. Steuer. Beginn 8 Uhr. Febl. laden
ein Anna vertv. Weser, Kapelle Trostel.

Preiskermühle
Bahnhofsstation Meissen - Wladrauff
Empfehlenswerter Tagesausflug für Riesa
und Umgegend.

Kirschen - Verpachtung
Die gesamte Kirchnung des Schlosses Strehla
(ca. 1000 Bäume) soll gegen das Meistgebot auf ein
Jahr verpachtet werden. Schriftliche Gebote sind bis
Freitag, den 3. Juni d. J. an die **Forstverwaltung
Dürrenberg (Osthaas-Park)** einzureichen. Der Zu-
schlag erfolgt bis spätestens den 8. Juni d. J.
Die Verpachtung der Kirschen kann jederzeit
durch den Baumwärter Riedel, Strehla, erfolgen.
Dabei sind auch die Pachtbedingungen zur Ein-
sicht aus.
Die Forstverwaltung Dürrenberg.

Gleg. Kinderportliegewagen von 15 Mark an in
getroffen verkauft **L. Winkler, Hauptstraße 59**

la Schlangengurten

4 Stück nur 1.-
Staubentwurf, Kopf 5 d
la. Karotten u. Rohrkabi
In Stangenbargel
Rhabarber, neue Kar-
toffeln, gelb u. mehrl. reich,
neue Mayon., feiner:
In Saubutter, Stk. 68 d
Haischolat bel. erke
Peringscholat Qualität
Mayonnaise 1 Pf. 55 d
empfiehlt

Ziegers Lebensmittelhalle
Hauptstraße 84.

**Prima Brathühner
fette Hochhühner
junge Tauben**
empfiehlt
Carl Zieger, Gröba.

Freitag früh früh ein-
treffend **H. Schlichter,
Rabbin, Fischerstr. 5. D.**

Zur Hochzeit

allen Festen u. Gelegen-
heiten fertig Reben,
Gebichte, Pasteten usw.
Schnellstens an
Heim-Verlag, Radobitstr.
Baden-Badensee.

Morgen Freitag
Schlachtef.
1/2 9 Uhr
Otto Reudel.
Rundteil 11.

Morgen
Schlachtef.
9 Uhr
später fr. Wuch.
Weber, Poppitz.

Morgen Freitag
Schlachtef.
M. Rübzel, Wf. Wöberau

Fahrrad-Mäntel 1.50 Mk.
Freitag bis Montag bei Abnahme von 2 Stk.
L. Winkler, Hauptstr. 59

100 Mk. zahlt Hersteller, wenn „Niefolds“ nicht
sofort bei Reich und Tier Kopf, Hils,
Reiber-Laus, Fische (Trut) ver-
tillt. Bestes Radikalmittel gegen **Wanzen.**
Verkauf in Central-Drogerie F ö r k e r,
Hauptstraße 43. Boko.

Hilfe für Sachsen?

Verhandlungen noch in der Schwebe

Dresden, 26. Mai.

Der Berliner Berichterstatter der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ teilt mit, daß die Veröffentlichung des Sächsischen Landesarbeitsamtes an Berliner beteiligten Stellen großes Aufsehen erregt habe. Im Augenblick werde über diese Angelegenheit zwischen dem Reichsarbeitsministerium und dem Präsidenten Syrup der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung verhandelt. Auf Grund der Unterredung zwischen dem Kanzler und dem sächsischen Ministerpräsidenten habe das Reich Sachsen bei der Ueberbrückung des Ultimos seine Hilfe zugesagt.

Das Reich wolle, wie weiter berichtet wird, angeblich die 15 Millionen dreijähriger Schahwechsel, die jetzt fällig sind, einlösen. Dann sei man dabei, der sächsischen Industrie, vor allem erst einmal der kleineren Industrie im Erzgebirge (Spielwaren, Musikinstrumente, Holzverarbeitende Industrie, Wolamenten) Hilfe zu bringen. Es hätten z. B. in Chemnitz Verhandlungen über solche Hilfsmassnahmen stattgefunden, an denen die Sächsische Regierung, die Akzeptbank, beteiligte sächsische Industriegruppen und einzelne Banken teilgenommen haben. Die Verhandlungen, von denen man in der Berliner Sächsischen Gesandtschaft einen günstigen Ausgang erwartete, seien augenblicklich noch in der Schwebe.

Dazu wird uns von amtlicher Seite mitgeteilt, daß die Verhandlungen über diese Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sind. Insbesondere steht, soweit uns bekannt ist, noch nicht fest, in welcher Weise das Reich Sachsen seine Hilfe bei der Ueberbrückung des Ultimos zuteil werden läßt.

Der neue sächsische Haushaltsplan

Gegen 1930 70 Millionen eingepart, trotzdem noch 20 Millionen Fehlbetrag

Dresden, 26. Mai.

Wie wir erfahren, wird sich das Gesamtministerium am Donnerstag mit dem Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 befassen. Ob der Haushaltsplan vom Kabinett bereits am Donnerstag endgültig verabschiedet werden kann, steht noch nicht fest.

Nach den bisherigen Unterlagen wird der Haushaltsplan infolge der außerordentlich starken Rückgänge der Reichssteuerüberweisungen und auch der eigenen Steuern voraussichtlich mit einem tatsächlichen Defizit von etwa 20 Millionen Reichsmark abschließen, obwohl auf der Ausgabe Seite ganz erhebliche Einsparungen vorgenommen worden sind, die sich gegenüber dem Haushaltsplan von 1930 auf mehr als 70 Millionen RM belaufen. Nach der Verabschiedung durch das Kabinett wird der Haushaltsplan dem Landtag zugeleitet werden.

Aus dem Landtag.

Der Haushaltsausschuß A des Landtages beschäftigte sich mit mehreren Anträgen über Jugendschulfragen. Berichterstatter Wehle (Soz.) verlangte für jugendliche eine höchstens 35stündige Arbeitswoche. Abg. Voigt (DVP) begründete volksparteiliche Anträge auf Bewirklichung der Forderungen des Reichsausschusses der Jugendverbände betr. Beschäftigung jugendlicher an Sonntagen und Maßnahmen gegen Verwahrlosung jugendlicher Erwerbsloser. Dieser Antrag wurde vom Ausschuss angenommen mit der Erweiterung, Arbeitsbeschaffung für jugendliche in die Wege zu leiten. Die sozialdemokratischen Anträge wurden teils angenommen, teils abgelehnt. Weiter beschäftigte sich der Ausschuss mit Anträgen für die Versorgung der Kriegsbekämpften in den höheren und niederen Klassen. Soweit sie die Aufhebung der Härten forderten, die durch die letzten Notverordnungen entstanden sind, fanden sie einstimmige Annahme, ebenso die Anträge bürgerlicher Fraktionen, die sich auf Elternrenten, Kapitalabfindung, bevorzugte Behandlung der Kriegsbekämpften bei Randsiedlungen und in der Fürsorge beziehen.

Der Rechtsausschuß des Landtages nahm in gemeinsamer Sitzung mit dem Haushaltsausschuß B abschließend Stellung zu den Sanierungsplänen für die ADO und Staatsbank. Dem am 30. April zwischen dem Reich und Sachsen abgeschlossenen Vertrag über die Bereitstellung von Mitteln wurde zugestimmt. Darnach wird das Land Sachsen der ADO 2,5 Millionen RM Schahausweisungen überlassen, deren Tilgung innerhalb zehn Jahren zu erfolgen hat. Die darüber hinaus begehrte Ermächtigung

Die deutschnationale Reichstagsfraktion an Hindenburg.

(Berlin. Die Reichstagsfraktion der deutschnationalen Volkspartei hat dem Reichspräsidenten v. Hindenburg ein Telegramm geschickt, in dem es u. a. heißt: Nachdem unter mißbräuchlicher Anwendung der Geschäftsordnung des Reichstages und entgegen den Vorschriften der Verfassung am 12. Mai d. J. eine Unterbrechung der Reichstagsverhandlungen stattgefunden hat, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion die Einberufung des Reichstages auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung gefordert. Der Reichstagspräsident hat die Einberufung des Reichstages abgelehnt. Beide Teile des deutschen Volkes erblicken in dieser Ablehnung, die sich mit der Auffassung des Staatsgerichtshofes in kraftem Widerspruch setzt, einen Beweis dafür, daß selbst die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte heute in Deutschland nicht gesichert sind und daß an die Stelle des Rechts heute die Willkür der politischen Mehrheit getreten ist.

Die Vertretung des deutschen Volkes ist wiederum auf unabsehbare Zeit rechtswidrig ausgeschaltet und nicht in der Lage, zu den Plänen Stellung zu nehmen, die die Reichsregierung neuerlich verfolgt. Die Mitteilungen über die von der Regierung geplante neue Notverordnung lassen erkennen, daß die Reichsregierung entgegen den wiederholten

feierlichen Erklärungen dem deutschen Volke in all seinen Schichten neue untragbare Lasten auferlegen und damit die Lebenshaltung des deutschen Volkes weiter in verhängnisvoller Weise herabdrücken will. Auch der Landwirtschaft im Osten drohen nach unserer Kenntnis neue Gefahren durch Pläne der Reichsregierung, die eine große Zahl ostdeutscher Besitzer der Enteignung ohne Rechtsichung ausliefern würde. Wir machen in aller Ehrerbietung darauf aufmerksam, daß solche Pläne, in die Tat umgelegt, in den breiten Volksmassen die schon vorhandene Verzweiflung in einem Maße steigern muß, daß sie sich unter Umständen in Formen Luft macht, die kein vaterlandsliebender Deutscher bei der jetzigen gespannten Lage wünschen kann.

An Sie, hochzuverehrender Herr Reichspräsident, richten wir die eindringliche Bitte, bei dieser Lage der Dinge der Regierung die Verantwortung für beratende Maßnahmen nicht durch Unterzeichnung von Notverordnungen abzunehmen, sondern die Reichsregierung auf den Weg der Beschlußfassung durch die gesetzgebenden Instanzen zu weisen. Wir erlauben uns, in diesem Zusammenhang auf den Artikel 24 der Reichsverfassung Bezug zu nehmen, der dem Reichspräsidenten die Befugnis gibt, von sich aus die Einberufung des Reichstages herbeizuführen

an die Regierung zur Uebernahme von Aktien der ADO bis zum Betrage von einer Million RM fand in den Ausschüssen keine Mehrheit. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und deutschnationale. Der unter dem 31. Juli vorigen Jahres erlassenen sächsischen Notverordnung über die Geschäftserweiterung der Staatsbank, womit eine Fusion mit der ADO eingeleitet wurde, verweigerte man die Zustimmung mit 23 gegen 22 Stimmen. Die für die Staatsbank vorgesehene Verbreiterung ihrer Kapitalbasis um 3 Millionen RM und die Bereitstellung von 4 Millionen RM sächsischer Schahausweisungen an dieses Institut wurden von den vereinigten Ausschüssen gemäß der Regierungsvorlage beschlossen. Endlich wurde ein volksparteilicher Antrag einstimmig angenommen, sich bei der ADO dafür einzusetzen, in Fällen unabwendbarer Personalverminderung die üblichen Abfertigungsgelder und Pensionszuschüsse so hoch zu bemessen, daß die Betroffenen ausreichend vor wirtschaftlichen Sorgen geschützt werden.

Noch härterer Steuerdruck.

Ausdehnung der Beschäftigtensteuer auch auf Einkommen unter 300 Mark geplant.

(Berlin. Das Reichskabinett hat unter dem Druck von sehr ersten Protesten, die an den Reichskanzler und an den Reichspräsidenten von verschiedenen Seiten gekommen sind, sich schon am Montag noch einmal mit der kommenden Notverordnung beschäftigt. Die Verhandlungen wurden heute fortgesetzt. Das Kabinett hat dabei eine Reihe sehr wichtiger Veränderungen getroffen.

Es ist beabsichtigt, die Beschäftigtensteuer mit dem Satz von 1 1/2 Prozent auch für Monatseinkommen unter 300 M. in Geltung zu setzen.

Bei der Gemeindewahlprüfung für die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden sollen die Arbeitsämter herangezogen werden. Die Möglichkeit der Piefierung von Naturalien an Erwerbslose in bestimmten Gemeinden soll geschaffen werden.

Entscheidend ist auch, was das Kabinett über die Arbeitsbeschaffung und über die Siedlung beschließen wird. Bei der Arbeitsbeschaffung ist die Finanzierung noch immer ungeklärt. Die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes auf sämtliche jugendliche bis 25 Jahre einschließlich der Akademiker wird zunächst auch große Mittel erfordern, selbst wenn der Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes bei der Siedlung erfolgt. Man schätzt den Gesamtaufwand allein für die Siedlung auf 250 Millionen Mark. Der Gedanke, diese Mittel zum Teil durch Beengung von Grund und Boden ohne Entschädigung aufzubringen, ist auf starken Widerstand der gesamten Landwirtschaft gestoßen.

Ueber die Frage der Arbeitszeitverkürzung sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Die Forderung der freien Gewerkschaften, eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit und einen Inklusivzwang herbeizuführen, wird vom Kabinett als undurchführbar bezeichnet.

Ausnahmerecht gegen Angestellte.

Man berichtet uns: Gegen die Pläne zur Verlängerung der Krienssteuer und zur Einführung einer besonderen Beschäftigtensteuer wendete sich mit einem scharfen Protest an die Reichsregierung der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewer-

schaften, dem der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband angehört. Er geht davon aus, daß die Steuerungserschwerung nicht noch weiter verschärft werden darf. Die nationalen Angestellten anerkennen unbedingt, daß die Verkorung der Arbeitslosen und das Gleichgewicht des Reichshaushaltes gesichert bleiben müssen. Wenn dabei eine Verlängerung der Krienssteuer nicht zu umgehen ist, dann muß diese Steuer aber wenigstens von ihren schlimmsten Mängeln befreit werden. Der Hauptmangel der Krienssteuer besteht darin, daß sie nur einen Teil der Lohn- und Gehaltsentwässerung erfährt, die Beamten zahlen keine Krienssteuer. Die zweite Ungerechtigkeit ist der unterschiedliche Steuercharakter für die Krienssteuer und für die Anerechtigten beieitigt, dann bliebe die Krienssteuer immer noch eine außerst harte Notmaßnahme, aber es wäre ihr wenigstens der Stachel des Ausnahmerechts gegen die Arbeitnehmer, besonders die Angestellten, genommen, und außerdem könnte das Reich mit einem beträchtlich höheren Ertrage rechnen.

Noch unlosaler als die einfache Verlängerung der Krienssteuer würde die besondere Beschäftigtensteuer wirken. Die sowieso schon begünstigten veranlagten Krienssteuerpflichtigen würden von der neuen Steuer völlig freibleiben, und die Beamtenzahl bliebe weiterhin krienslohnsteuerfrei, sie hätte nur die viel mildere Belastung der Beschäftigtensteuer zu ertragen. Die fraite Ungleichheit des verschiedenen Krienssteuercharakters würde abermals verschärft. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, daß eine Gruppe von Gehaltsempfängern, die Arbeitslosigkeit nicht kennt und von ihr nicht bedroht ist, zur Krienslast nur schwach herangezogen wird, während die Angestellten mit einem Vielfachen belastet werden, obwohl die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes selbst in den höheren Gehaltsgruppen völlig ungewiß geworden ist. Dazu kommt noch, daß durch die vierte Notverordnung, durch Abbau der Tarifgebälter und durch Kurzarbeit die Einkommensbezüge der Angestellten härtestens geent worden sind. Aus diesen Gründen lehnt der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften die Steuerpläne der Reichsregierung entschieden ab und schlägt den Umbau der Krienssteuer durch Heranziehung aller Einkommensbezieher und Ausgleich des unterschiedlichen Steuercharakters vor. Nur so kann eine Ertragssteigerung erreicht werden, ohne daß die an sich schon bestehenden Ungerechtigkeiten des jetzigen Steuersystems weiter vergrößert werden.

Beamten-Entlohnungsgesetz vom Reichsrat genehmigt.

(Berlin. Der Reichsrat beschloß am Mittwoch abend eine Neufassung der Ausfühungsverordnung zum Kriegsverlohnungsgesetz, die durch inzwischen eingetretene Gesetzesänderungen und Ergebnisse der Rechtsprechung notwendig geworden war.

Die kürzlich im Reichstag erlassene Verabschiedung eines Gesetzes über die Neufassung der weiblichen Beamten nahm der Reichsrat zur Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben, obwohl in den Ausschüssen erhebliche Bedenken dagegen geltend gemacht worden waren, daß auch bei freiwilligem Ausscheiden von Beamtinnen eine Abfindung gezahlt werden soll.

Schlägerei im Danziger Volkstag.

(Danzig. In der getriebenen Sitzung des Volkstages kam es zu sätzlichen Auseinandersetzungen zwischen dem nationalsozialistischen Abgeordneten Weiler und dem Sozialdemokraten Wietner. Andere Abgeordnete trennten die Streitenden. Die Tribünen mußten geräumt werden.

So muss sie sein



voll im Format und mild im Geschmack, die Qualitäts-Zigarette für die 3 1/3-Raucher.

So kann sie sein, weil sie eine Schöpfung der Bulgaria ist.

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria
6 Zigaretten 20 Pfg. mit Sport-Photos

Politische Tagesübersicht.

Einberufung des Reichstages des Reichstages. Der Reichstagsrat des Reichstages ist jetzt für Dienstag, den 31. Mai, 17 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Frage der Einberufung des Reichstages.

Rücktritt der isländischen Regierung. Nach den Ergebnissen der Verhandlungen mit den Oppositionsparteien über einen Vergleich in der Verfassungsfrage beschloß die Regierungspartei gestern abend, daß die Regierung ihr Rücktrittsgesuch einreichen soll.

Keine Rückkehr zur Goldwährung in England. Bei Beratung des Finanzgesetzes erklärte der Vertreter des Schatzamtes, die Regierung beabsichtige keineswegs, zur Goldwährung zurückzukehren, solange die Preise auf Goldgrundlage sich so wie bisher gehalten.

Bildung eines sozialpolitischen Ausschusses im Preussischen Landtag. Der Reichstagsrat des Preussischen Landtages hat am Mittwoch auf Anregung der Nationalsozialisten die Bildung eines sozialpolitischen Ausschusses beschlossen. Ein solcher Ausschuss hat in den letzten Wahlperioden nicht bestanden. Es ist daran gedacht, diesem Ausschuss in der Hauptsache Arbeitsbeschaffungsfragen zur Vorberatung zu überweisen.

Deutschnationaler Antrag gegen neue Steuern. Die Deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtages weist in einem Antrag darauf hin, daß dem Vernehmen nach durch die neue Notverordnung des Reichspräsidenten trotz Verklärung der Erwerbslosenbezüge neue Steuern durchgeföhrt werden sollen. Dadurch werde die Kaufkraft der Erwerbstätigen erneut vermindert. Das Staatsministerium soll bei der Reichsregierung vorhalten, daß eine weitere Entzung der Lebenshaltung aller Bevölkerungsschichten durch neue Steuern nicht eintritt. Vielmehr solle alle Kraft daran gesetzt werden, die Wirtschaft in Gang zu bringen und Arbeitsmöglichkeiten auch durch Arbeitsdienstpflicht zu schaffen.

Auflösung der faschistischen Jugendorganisation in der Tschechoslowakei. Nach einer Blättermeldung sollen auf Anordnung des Innenministeriums die illegalen Organisationen der faschistischen Jugend aufgelöst worden sein. Gleichzeitig seien, wie es in der Blättermeldung heißt, bei faschistischen Funktionären und in faschistischen Sekretariaten Durchsuchungen vorgenommen und umfangreiches Material beschlagnahmt worden. Wie verlautet, soll eine Reihe Faschisten im öffentlichen Dienst durch das vorgefundene Material bloßgestellt sein. Die Mitglieder der aufgelösten Organisationen werden strafrechtlich verfolgt werden. — Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

Unruhen in Hamburg

Hamburg, 26. Mai.

An verschiedenen Stellen der Stadt kam es in Laufe des Mittwochs zu kommunistischen Zusammenstößen und Demonstrationsversuchen, die gegen Abend zu tumultösen Vorgängen auf dem Jungfernstieg führten. Dort hatten sich Hungerstreik gebildet. Die Menge schlug die Scheiben einiger Privatwagen ein und warf drei Wagen um. Vor dem Alsterpavillon wurden Tische und Stühle weggerissen und durch die Scheiben geworfen. Die Szenen spielten sich so schnell ab, daß die Ausschreitungen schon vorbei waren, als die Polizei mit einem verstärkten Aufgebot eintraf.

Eine neue Note Danzigs an Polen.

W Danzig. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat dieser Tage an die diplomatische Vertretung Polens eine Note gefandt, in der es heißt:

Seit einigen Tagen werden in den von Polen nach Danzig fahrenden Zügen von dem polnischen Verein zur Verteidigung der Weikreise Flugblätter verteilt, die zum Boykott Danzigs und Joppolds auffordern und Personen, die diesen Boykott nicht befolgen, schwere und exemplarische Strafen androhen. Die Verteilung derartiger Flugblätter auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ist strafbar und als tief zu bedauernde polnische Hege gegen Danzig aussschärfte zu verurteilen. Um so bestrebender und empfindlicher ist es, wenn Beamte der polnischen Staatsbahnverwaltung das Vorgehen verantwortungslos polnischer Hege nicht nur dulden, sondern sogar fördern und schützen.

Die Danziger Bahnbeamten nahmen die Beschlagnahme der Flugblätter vor. Bei dieser Dienst-Ausführung wurden sie von dem Zugführer und Schaffner wie auch von dem stellvertretenden Vorstand der Station Danzig-Hauptbahnhof erregt zur Rede gestellt und aufgefordert, die Beschlagnahme zu unterlassen; hierbei wurden die Eisenbahnbeamten von mehreren Beamten der polnischen Staatsbahndirektion unterstützt.

Wir bitten dringlichst, daß solche Boykottmaßnahmen als den zwischen Danzig und Polen bestehenden Verträgen zuwiderlaufend unterbunden, und daß die polnischen Eisenbahnbeamten disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden. Von dem Verursachen bitten wir um Mitteilung. Abschrift dieses Schreibens haben wir dem hohen Kommissar des Völkerverbundes zur Kenntnis übersandt.

Die Regierungserklärung des neuen belgischen Kabinetts

W Brüssel. Das umgebildete Kabinetts Memin hat sich gestern dem Parlament vorgestellt. Die in Kammer und Senat verlesene Regierungserklärung besagt, daß das Kabinetts die Politik der Befriedung und finanziellen Gesundung fortsetzen werde. Die Sprachfrage müsse endgültig geregelt werden. Zu diesem Zweck werde die Regierung dem Parlament neue Vorschläge unterbreiten, die die Lösung des Problems durch einen einseitigen Beschluß der Volksvertretung ermöglichen wird.

Bezüglich der Außenpolitik wird das Festhalten an der Erklärung vom 11. Juli v. J., d. h. an einer Politik des Friedens und der Solidarität betont. Es wird erklärt, daß die Vertreter Belgiens in Lausanne alles unternehmen werden, um Belgien die ihm zukommenden Kompensationen zu sichern und daß sie mit aller Kraft auf eine wirtschaftliche Verständigung unter den Völkern hinarbeiten werden. Die Regierung sei entschlossen, gegen das verhängnisvolle System der Beschränkungen und Demnungen des wirtschaftlichen Austausches anzukämpfen.

Für die innere Politik kündigt die Regierungserklärung strenge Sparsamkeit in der Verwaltung an und betont den Willen zur Achtung des konfessionellen und kulturellen Friedens.

Die Frage der Brandwaffen in Genf.

W Genf. Der Ausschuss der Abrüstungskonferenz, der sich mit der Einbeziehung der chemischen und bakteriologischen Kampfmittel in die Abrüstungsmaßnahmen zu befähigen hat, stellte sich gestern auf dem Standpunkt, daß Brandwaffen in die qualitativen Abrüstung einzubeziehen sind. Der englische Vertreter brachte zum Ausdruck, daß England diejenigen Brandwaffen beibehalten möchte, die zur Verteidigung gegen Luftangriffe notwendig seien.

Zur Schlägerei im Preussischen Landtage. Ungeheure kommunistische Provokationen.

Nach der Schlacht.

Berlin. (Kunstsprache.) Der Präsident des preussischen Landtages, Kerrl, erklärte einem Vertreter des Nachrichtenbüros des B.D.Z. auf die Frage, ob und welche geschäftsordnungsmäßigen Forderungen aus den Zusammenstößen im Landtagsplenum am Mittwoch gezogen werden würden, daß hierüber zur Zeit noch nichts erklärt werden könne. Er werde später veranlassen, daß auf keinem Fall in Zukunft vor der Rednertribüne sich abermals Abgeordnete zusammenballen dürfen. Die Abgeordneten sollten ersucht werden, innerhalb der Bänke zu bleiben. Ob die gegenwärtigen Ordnungsbestimmungen des Hauses verschärft werden müßten, darüber werde erst nach dem Vernehmen mit dem Reichstagsrat die Entscheidung fallen können.

Heute Donnerstag vormittag weilten einige höhere Beamte der Berliner Polizei im Landtagsgebäude, um sich den „Schauplatz der Tat“ anzusehen. Der Präsident äußerte die Ansicht, daß die höheren Polizeibeamten lediglich einen privaten Besuch im Hause abgefaßter hätten, was ihnen natürlich, wie jedermann, nicht verwehrt werden könne.

Abg. Goebbels zu den Vorkäufen im Landtag.

W Berlin. Die Betriebszellen der NSDAP. hielten gestern abend in den Tennishallen in Bismarcksdorf eine Kundgebung ab, in deren Mittelpunkt die Stellungnahme zu den gestrigen Ereignissen im Preussischen Landtag stand. Zunächst sprach der Abgeordnete Ennel, der u. a. betonte, die Kommunisten hätten bis zur Siebeilige provoziert. Ängere Ausführungen zu den Vorkäufen im Preussischen Landtag machte dann der Abgeordnete Goebbels, der u. a. erklärte, die nationalsozialistische Fraktion habe bei der Eröffnung des Plenums am Dienstag die Beschlagnahme, die von der Linken gegen den preußischen Reichspräsidenten General Eismann geltend gemacht worden seien, ruhig hingenommen, weil sie die feste Absicht gehabt hätten, diesen Landtag arbeitsfähig zu gestalten. Heute sei die Grenze überschritten worden. Die NSDAP. habe es darauf abgesehen, die Nationalsozialisten bis aufs Blut zu reizen. Den Höhepunkt der Beschlagnahme hätten die minutenlangen Zurufe gegen den Abgeordneten Schulz „Mörder“ und die Keucherei des kommunistischen Abgeordneten Pies. „In Ihrer Fraktion liegt eine Unzahl von Mördern“, schreit. Als darauf die Nationalsozialisten von ihren Bänken aufgesprungen seien und ein Kommunist den Abgeordneten Dinstler ins Gesicht geschlagen habe, und gleichzeitig ein Bombardement mit Tischstücken und Tintenfassern einsetzte, da sei es mit der Ruhe der Fraktion vorbei gewesen, und innerhalb von zwei Minuten habe die nationalsozialistische Fraktion das Plenum gesäubert. Es liege ihm nichts ferner, als politische Gewalttaten zu verherrlichen. Die nationalsozialistische Fraktion habe sich aber in der Notwehr befunden. Er sage noch einmal: Die Nationalsozialisten waren legal, sind legal und werden legal bleiben.

Die Versammlung verlief ohne Zwischenfälle. Mit Rücksicht auf die verschiedentlichen Demonstrationsversuche der Kommunisten in der Stadt hatte die Polizei besonders starke Vorkehrungen getroffen. Reihen des Zentrums und der Sozialdemokraten hinuntergeworfen habe, obwohl dort kein Handgemach geübt worden. Durch diesen Burs sei wahrscheinlich ein Abgeordneter dieser Fraktionen verletzt worden.

Die Verletzten bei der NSDAP.

W Berlin. Aus Kreisen der nationalsozialistischen preussischen Landtagsfraktion wird dem Nachrichtenbüro des B.D.Z. erklärt, daß bei der Schlägerei im preussischen Landtag auch 4 nationalsozialistische Abgeordnete verletzt worden seien. Der Geschäftsführer der Fraktion, Abgeordneter Dinstler, habe eine Verletzung am linken Ohr davon-

getragen, der Abgeordnete Wehner-Dipreusen sei durch einen Burs mit einem schweren Stuhl am Nacken verletzt worden, während der Abgeordnete Dalüge sogar einen Messerstich erhalten habe. Leichtere Verletzte sei der Abgeordnete Kunze.

W Berlin. Die nationalsozialistische Fraktion des preussischen Landtages teilte mit, daß sie von sich aus durch den Abg. Rechtsanwalt Dr. Freidler und den Abg. Dr. Conti eine juristische und medizinische Untersuchung der Vorfälle eingeleitet habe. Es händen zahlreiche Zeugenangaben zur Verfügung, wonach der Abg. Pies (Komm.) von der einen Regierungstribüne einen schweren Ministertisch in die

Die Erklärung der Sozialdemokraten.

W Berlin. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages trat nach der Reichstagsratssitzung zusammen. Nach Schluß der Sitzung wurde folgende Erklärung bekanntgegeben: „Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verurteilt aufs schärfste die brutalen Missetaten, deren Schauplatz heute der preussische Landtag gewesen ist, und deren Opfer auch unser völlig unbeteiligter Fraktionssekretär Jürgensen geworden ist. Die Schuld an den blutigen Zusammenstößen tragen in gleichem Maße die Nationalsozialisten durch planmäßige Provokationen und Bedrohung des kommunistischen Redners, die Kommunisten durch Führung des ersten Schlags. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestiert aufs schärfste gegen die Raufboldmanieren der extremen Parteien und fordert unbedingte Sicherstellung der Freiheit und Gewaltlosigkeit der Verhandlungen der Volksvertretung.“

Eine Erklärung der kommunistischen Fraktion.

W Berlin. Die kommunistische Fraktion des preussischen Landtages gibt über die Ereignisse in der Mittwoch-Sitzung einen Bericht heraus, in dem auch auf die Sitzung des Reichstagsrates Bezug genommen wird. Danach soll im Reichstagsrat der Zentrumsabgeordnete Sieger erklärt haben, seine Fraktion habe einstimmig die stärkste Erregung über das Verhalten der Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht. Demgegenüber habe der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann versucht, den Kommunisten die Schuld zuzuschreiben, indem er behauptet habe, daß ein Kommunist zuerst geschlagen habe und daß auch der Burs gegen Schulz nicht von den Sozialdemokraten, sondern von Kommunisten gemacht worden sei. Daß der nationalsozialistische Ueberfall vorbereitet gewesen und organisiert erfolgt sei, ergebe sich aus einer Aeußerung Kubes und aus dem Angriff, der in seiner Mittwoch-Nummer den Uebergang der nationalsozialistischen Fraktion zu Terrormethoden angeklündet habe. Die Kommunisten hätten mit ihrer im Reichstagsrat vertretenen Forderung auf sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen zum Ausdruck gebracht, daß sie entschlossen seien, im Auftrag ihrer politischen Wählermassen dem faschistischen Terror auch innerhalb des Parlaments entschlossen entgegenzutreten.

Die Sitzung des Reichstages.

W Berlin. In der Sitzung des Reichstages gaben, wie wir hören, Nationalsozialisten und Kommunisten Erklärungen ab, daß ihnen an der Klärung der Schuldfrage nichts gelegen sei und daß sie ein Eingreifen der Polizei nicht wünschten. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie angesichts der Verwundung des Abg. Jürgensen und des ganzen Tatbestandes sich nicht damit abfinden könnten, daß die Beteiligten erklären, sie seien ohne weiteres interessiert. Eine ähnliche Erklärung wurde vom Zentrum abgegeben. Beschlüsse wurden vom Reichstagsrat nicht gefast. Die nächste Vollsitzung des Reichstages findet, wie vorgelesen, am Mittwoch, dem 1. Juni, 14 Uhr, statt. Am Vormittag des gleichen Tages wird der Reichstagsrat zusammentreten.

Dr. Weizsäckers Besuch in Neudorf. Der Zusammenhang zwischen Reich und Preußen.

Berlin. (Kunstsprache.) Wie wir erfahren, ist Staatssekretär Dr. Weizsäcker heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen. Er hat dem Reichspräsidenten in Neudorf ein eingehendes Bericht über die vom Kabinetts vorbereitete Notverordnung und die politische Situation überreicht, wie sie sich in Berlin während Hindenburgs Abwesenheit gestaltet hat. Diese Besprechung in Neudorf ist als ein Zwischenbericht und die Vorbereitung der Aussprache zu werten, die der Kanzler, voraussichtlich am Sonntag oder Montag, in Berlin mit dem Reichspräsidenten haben wird, in der der ganze Fragenkomplex geklärt werden soll, der mit der Notverordnung und der Stellung des Kabinetts Präzision zusammenhängt. Es liegt auf der Hand, daß der Reichspräsident sich zunächst im einzelnen über die Notverordnung unterrichten und seine eigene Auffassung zum Ausdruck bringen wird, bevor er sich über seine Unterchrift entscheidet. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die grundsätzlichen und personellen Fragen der Reichspolitik vor der Reparationskonferenz geklärt werden müssen, weil in Lausanne nur ein Kanzler und Außenminister auf Erfolg rechnen kann, der mit aller verfügbaren Autorität auftritt.

Kapitalflucht und Bürgersteuer vor dem Ausschuss.

Die Wirkung der Steueramnekie. — 2003 Millionen Reichsmark Vermögenswerte angemeldet.

W Berlin. Der Steuer-Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit Anträgen zur Kapital- und Steuerflucht. Dabei teilte Ministerialdirektor Dr. Harben vom Reichsfinanzministerium mit, daß infolge der Steueramnekie des Jahres 1928 2003 Millionen Reichsmark bisher hinterzogene Vermögenswerte der Steuerbehörde angegeben worden seien. An Einkommen sind 132 Millionen Mark für das Jahr 1930 nachträglich angemeldet worden. Die Reichsbahnleihe, die mit einer Amnekie verbunden war, ist mit 248 Millionen gekennzeichnet worden. Da der Zeichnungsbetrag nach dem Ablauf der Amnekie sehr gering gewesen sei, so sei angenommen, daß der größte Teil des Zeichnungsbetrages unter die Amnekie falle. Erschöpfendes Material über die Reichsfluchtsteuer liegt noch nicht vor. Im ganzen Reich seien bisher zehn Steuerfluchtverträge erlassen worden. Die Kapitalflucht sei geringer geworden; man könne auch annehmen, daß ge-

auslagen. Zweifellos können aber nach der Auffassung politischer Kreise die gestrigen Vorgänge im preussischen Landtag nicht ohne Einfluß auch auf die Entwicklung im Reich bleiben. In Preußen haben sie die Wirkung gehabt, daß die Bereitschaft des Zentrums zu Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten sehr stark geschwunden ist. Sollten sich die gestrigen Vorgänge am nächsten Mittwoch wiederholen, so ist an ein parlamentarisches Arbeiten im preussischen Landtag überhaupt nicht zu denken, und es würde gewiß der Gedanke neue Nahrung gewinnen, daß preussische Probleme von der Seite der Reichsreform her anzupacken. Daraus schon ergibt sich der Zusammenhang zwischen der Reichspolitik und der preussischen Entwicklung. Er wird noch effektanter durch die kommunistische „Aktion“, die nicht nur im preussischen Landtag, sondern mit Erwerbssolendemonstrationen und Unruhen in einer größeren Anzahl von Städten im Reich eingeleitet hat. Daß gerade in einem solchen Moment angefalliger Bürgerkriegsereignissen eine starke Reichsgewalt unter allen Umständen erforderlich ist, dürfte selbstverständlich sein, und man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß dieser Gesichtspunkt in der Aussprache zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten eine nicht unwesentliche Rolle spielen wird, die dann dazu beiträgt, eine sachliche Verständigung über die schwebenden Fragen zu fördern.

flüchtetes Kapital in nicht geringem Umfang zwischen der inländischen Verwendung wieder angeführt worden sei. Da die Anträge durch die inzwischen erfolgte Besetzung im wesentlichen überholt waren, so legen die Sozialdemokraten ihre Anträge zurück, die kommunistischen und nationalsozialistischen Anträge wurden abgelehnt. Der Ausschuss befaßte sich dann mit einem Antrag auf Verbot der Kopfsteuern. In der Aussprache darüber äußerten die Vertreter aller Parteien Bedenken gegen die heutige Bürgersteuer. Die weitere Debatte über die Kopfsteuern soll am nächsten Dienstag in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dietrich fortgesetzt werden, der dem Ausschuss mitteilen ließ, daß das Kabinetts bis dahin entscheidende Beschlüsse über die Weiterentwicklung der Bürgersteuer nicht fassen würde.

Immerwährend

werden Reichsbestimmungen auf das „Neues Tagblatt“ von allen Zeitungsträgern und zur Vermittlung an diese von der Tagblatt-Geschäftsstelle, Goethestraße 50, entgegengenommen.

Do X in Berlin.



„Do X“ auf dem Müggelsee. Bereits wenige Minuten nach der Wasserung auf dem Müggelsee war das gigantische Flugboot von einer Unzahl Wasserfahrzeugen aller Art dicht umlagert.



Mussolini ehrt die abgestürzten ungarischen Ozeanflieger. Der italienische Ministerpräsident Mussolini (ganz rechts) und die gegenwärtig in Rom weilenden Ozeanflieger statten den Sargen der kurz vor ihrer Landung in Rom tödlich verunglückten ungarischen Ozeanflieger Endreß und Pittan einen Ehrenbesuch ab.



Die Begräbnung auf dem Regierungsdampfer. Reichsverkehrsminister Treviranus (2) begrüßt die Besatzung und den Führer des Flugbootes, Kapitän Christianfen (4), an Bord des Regierungsdampfers, der zum Empfang des Flugbootes nach dem Müggelsee ge-

fahren ist. Neben Treviranus der Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Sahm (1), der die Flieger im Namen der Reichshauptstadt begrüßte. Neben Christianfen der geniale Erbauer des Flugbootes, Dr. Dornier (3).



Eine Film-Expedition nach Grönland. Unter Führung Arnold Fand's, des Regisseurs zahlreicher deutscher Sport- und Naturfilme, ist eine Filmexpedition von Berlin in die Arktis gestartet, die vorwiegend in Grönland Aufnahmen machen wird und die natürliche Szenerie der Eisberge und Schneefelder als Schauplatz des Films benutzen will. Unser Bild von der Abreise der Expedition aus Berlin zeigt (von links) den berühmten Kunstflieger Ernst Udet, der wieder mit seiner Maschine mitwirkt, den Regisseur Arnold Fand und Studienrat Sorge von der erst kürzlich zurückgekehrten Wegener-Expedition.



Admiral von Hipper †. Der bekannte Führer der leichten Seestreitkräfte in der Skagerrakschlacht, Viceadmiral von Hipper, ist im Alter von 67 Jahren einem Schlaganfall erlegen.



Werden sie ein Paar? Gerüchten zufolge will die junge Filmschauspielerin Lilian Harvon mit ihrem Partner Willi Fritsch den Bund fürs Leben schließen. Das Paar hat sich in vielen Filmen — als größter Erfolg sei an den USA-Film „Der Kongreß tanzt“ erinnert — die Gunst des deutschen Filmpublicums errungen.



Der Oberkommandierende der Japaner ist General Donjo, der bereits mit seinem Stab in Chabin eingetroffen ist und von hier aus die weiteren Unternehmungen der japanischen Truppen leiten wird.

Zwei Schwestern werden glücklich

Roman von Helma von Hellermann
Copyright by Martin Pauchlwanger, Halle (Saale)

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Hart presen sich seine Zähne aufeinander. Gewiß, es war gewesen und vorbei, ehe sie ihn je gesehen, schließlich machte manches Mädchen Rehnliches durch vor der Ehe. Aber daß sie gelogen hatte... Gelogen? Nein, er wollte gerecht sein: geschwiegen. War es aus Angst geschehen, den reichen Freier zu verlieren — oder aus Angst um die Liebe des Mannes, den auch sie liebte? Ach, diese Zweifel, diese furchtbaren, martnernden Zweifel — wer nahm sie je von seinem Herzen?
„Muß nicht so traurig sein“, meinte Kell, herauflangend und die Wangen des Gräbelnden streichelnd. — „Morgen regnet's nicht mehr, da scheint wieder die Sonne, sagt tante Värbel. Und die weiß es!“ Der dunkle Lockentopf nickte in energischer Aufmunterung.
Da bückte sich Alexander Blessing und küßte den roten Rindermund, der so süß und tröstlich „die Sonne“ verhielt.
„Bölk's Gott, daß du recht hättest, mein Meines!“

„Ankomme Dresden, Hauptbahnhof, 18.48 Uhr. Habe zwanzig Minuten Aufenthalt. Erwarte Euch. Grete.“

Brigitte, der Blessing die Depesche über den Tisch gereicht, sah fragend auf.

„Grete Grebensberg war in Wien“, erklärte er, dem Diener wehrend, der sein Glas erneut mit Wein füllen wollte. „Ihr Bruder Hans ist Legationsrat an der dortigen deutschen Botschaft. Er ist mit einer Prinzessin Windischgracy verheiratet.“

„Ach, die hübsche, junge Frau mit den beiden Kindern, deren Bild sie uns neulich zeigte!“ erkundigte sich Brigitte höflich.

Ihr Mann bejahte. „Er ist ein Jugendfreund von mir; unsere Eltern kannten sich schon. Ich will es möglich machen, um dreiviertel sieben Uhr am Zuge Wien-Berlin zu sein. Du kommst doch hoffentlich mit? Grete würde sich sehr freuen.“

Die junge Frau neigte das Haupt. „Gewiß, ich werde pünktlich da sein. Der Zug Wien-Berlin, sagtest du? Geseignete Mahlzeit —“ Ein mattes Lächeln, da Blessing sich über ihre Hand neigte, ein Lächeln, von dem die braunen Augen nichts wußten.

Oh, wie höflich sie gegeneinander waren, wie sie einander zu täuschen suchten über den Abgrund, der sich zwischen ihnen aufgetan! Ein bitterer Zug war um den roten Frauenmund, aus dem kein heiteres Lachen mehr

ertönte, als Brigitte Blessing nun ihren Gemächern zuschritt.

Man empfing Gäste und ging gemeinsam aus, sah in der Loge in Oper oder Schauspiel nebeneinander, unternehmen Fahrten in die Umgegend zu Bekannten — nur das Alleinsein mied man nach Möglichkeit, denn dann erhob sich zwischen diesen beiden Menschen, die Liebe zusammengeführt, das Gespenst der Vergangenheit und grinste sie höhnisch an aus bösen, graulamen Augen.

Mit keinem Wort hatte Alexander Blessing wieder an das Gespräch jenes unfehligen Abends gerührt, mit keinem Wort Brigitte seiner erwähnt. Erich Buchmann war längst fort. Was gewesen, sollte abgetan, erledigt sein. Aber vergessen konnte es keiner von ihnen. Alexander glaubte nicht mehr an ihre Liebe, hielt sie für ein kaltberechnendes Geschöpf, das in ihm nur den reichen Freier gesehen hatte. Wie konnte sie ihn je vom Gegenteil überzeugen? So hoffnungslos war alles...

Leichtfüßig entstieg Gräfin Grebensberg dem Zug und suchte auf Brigitte zu, die ein wenig abseits stand und juchend Umschau hielt.

„Hier, Frau Gitta! Wie lieb, daß Sie gekommen sind — und wie reizend Sie wieder aussehen! Jodel ist der Bell für Ihre Farben! Wo ist Alexander? Keine Zeit? Doch! Ra, dann muß er jede Minute kommen; mein alter Jugend-

Geschäftliches.

Die Eroberung der Dersan ist bekanntlich eine besondere Kunst. So, wie man im Leben Personen trifft, die sympathisch wirken und Zuneigung und Vertrauen einflößen, so gibt es auch bestimmte Artikel und Unternehmungen, die es stets verdienen, die Waffen im Sturm zu erobern.

anna Sachan Bulgaria-Sport raucht. Natürlich ist es in erster Linie wieder die ausgezeichnete Qualität, die die Anhängerschaft der Raucher sichert. Aber es kommt eben auch immer darauf an, wie etwas dem Käufer präsentiert wird.

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 27. Mai. Berlin - Stettin - Magdeburg.

6.00: Funk-Gymnastik auf Schallplatten. - Anschließend: Frühkonzert. - 11.30: Solistkonzert. Hilde Brimmg-Ruhm (Sopran), Irma Grieb (Sopran), Luise Walster (Gitarre), Ellen Epstein (Flöge), Felix Robert Mendelssohn (Violoncello). Am Flügel: Wilhelm Reith. - Als Einlage gegen 12.30: Wettermeldungen für den Landwirt. - Für Stettin: 13.05: Sommermitteilungen für den Landwirt. (Zusammengestellt von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern). - 14.00: Schlagertunde (Schallplatten). - 15.20: Aus Arbeit und Leben: Arbeitslosenhilfe. V. Aussprache mit Hörern über die Veranstaltungen am 23. bis 26. Mai. - 15.45: Haben Frauen Humor? - 16.05: Vom Training der deutschen Olympiamannschaft (Joseph Baizer). - 16.30: Von der Dachhalle des Warenhauses Karstadt. Berlin: Unterhaltungsmusik. Kapelle Eilm Schachmeister. - 17.25: Eine Viertelstunde Technik. - 17.40: Das neue Buch. Walter von Müller. "Oskar von Müller". - 17.50: Der Hörer und sein Apparat. - 18.05: Dichter der Jugend: Friedrich Hölderlin. - 18.30: Das Wochenende. Aufbruch in den Osten. (Von der Wädny zur Oder). - 18.55: Die Funk-Stunde teilt mit. - 19.00: Stimme zum Tag. - 19.10: Unterhaltungsmusik. Kapelle Edgar Ortenberg. - 20.00: Aus Washington: Wörüber man in Amerika spricht (Kurt G. Sell). - 20.15: Aus dem Schloß Ronbijou im Rahmen der Berliner Kunstschau. Szene aus Goethes "Faust". Musik von Fürst Anton Radziwill. (Zur Erinnerung an die Kraführung am 24. Mai 1820 im Schloß Ronbijou). Orchester der Deutschen Musikbühne. Kleiner Chor der Singakademie. Leitung: Prof. Georg Schumann. - 20.45: "Drpheus und Eurypidike". Dichtung von Oskar Kokoschka. Musik von Ernst Krenek. Chöre: Maximilian Albrecht. Berliner Funk-Orchester. - 22.15: Fünf Minuten: Wegweiser ins Wochenende. (Praktische Wochenend-Ratschläge) - 22.20: Wetter, Tages- und Sportnachrichten. - Danach: Abendunterhaltung. Berliner Konzert-Verein.

Rundfunk-Programm.

5.45: Aus Hamburg: Wetterbericht für die Landwirtschaft. - 6.00: Aus Berlin: Funk-Gymnastik. - 6.15: Aus Hamburg: Wiederholung des Wetterberichtes für die Landwirtschaft. - Anschließend bis 8.15: Aus Berlin: Frühkonzert. - 10.00: Neueste Nachrichten. - 10.10: Schulfunk. Alle mairliche Volksfeste. Wir feiern das "Rudolfstest" in Rhelmsberg. - 12.00: Wetterbericht für die Landwirtschaft. - Anschließend: Schallplatten-Konzert: Fünf Tage Wunschprogramm. Volkslieder und Militärmärsche. - Anschließend: Wiederholung des Wetterberichtes für die Landwirtschaft. - 13.30 bis 15.00: Berliner Programm: 15.00: Jungmädchenstunde. Ich bewerbe mich um eine Stellung. - 15.30: Wetter- und Börsenberichte. - 15.40: Augenstunde. Praktisches Naturforschen. Infusorien zeigen Sympathien und Antipathien. - 16.00: Pädagogischer Funk. Die pädagogische Bedeutung der Arbeitslagerbewegung. - 16.30: Aus Hamburg: Hörbericht aus der Heimstätte des W.D.W. Schaffen im ewigen Dunkel. Ein blinder Bildhauer und anderes Wunderlampe. - 16.55: Hebertragung des Nachmittagskonzertes Leipzig. - 17.30: Risiko und Lebensversicherung des Menschen der Gegenwart. - 18.00: Deutsch für Deutsche. - 18.30: Volkswirtschaftlicher Handelspolitik in der Schweiz. - 18.55: Wetterbericht für die Landwirtschaft. - 19.00: Aktuelle Stunde. - 19.15: Wissenschaftlicher Vortrag für Tierärzte. - 19.35: Stunde der Arbeit. Aus der Praxis des Arbeitsrechts. - Anschließend: Wiederholung des Wetterberichtes für die Landwirtschaft. - 20.00: Aus Washington: Wörüber man in Amerika spricht. Kurt G. Sell. - 20.15: Reichsfunktion: Joseph Hand. Sinfonie C-Dur, Nr. 48 (Maria Theresia). Orchester des Königsberger Opernhäuses. - 20.45: Aus Wien: Westdeutscher Rundfunk: "Rettung". Drama in einem Aufzuge von Hermann Kesser. - 21.35: Abendkonzert. - 22.15 bis 24.00: Berliner Programm.

Zweite Jubiläums-Lotterie 3. Ziehung 1. Klasse 201. Sächs. Landeslotterie

Table with lottery numbers and names of winners. Columns include prize amounts and names of individuals who won various sums of money.

Table with lottery numbers and names of winners. Columns include prize amounts and names of individuals who won various sums of money.

Freund trankt sonst an einer geradezu bedingfügenden Bunkflichkeit, was Sie übrigens auch schon wissen werden! Ein leises Lachen. Arm in Arm schritten die beiden Frauen gemächlich den Bahnsteig auf und ab, immer die Menge nach Pfeifungs hoher Gestalt durchsuchend.

Brigitte winkte der am Fenster stehenden Frau mit dem Taschentuch zu, bis der Zug aus der Halle geglieten war, sah dann noch einen Augenblick über die schnell sich leerende Halle und schritt dann jögernd dem Ausgang zu.

Zubels, so glückdurchzittert, daß die Mahnung zur Ruhe des unwillig aufsehenden Arztes erkarrt, und selbst die Polizeibeamten, die mißsam die am Hausdor gaffende Menge zurückhalten konnten, begriffen, daß hier etwas Ungewöhnliches vor sich ging.

